



ARMUT

HAT VIELE GESICHTER





Editorial	3
Schwerpunkt: Armut hat viele Gesichter	
Wer sind die Armen?	4
Von falschen Bildern und neuen Daten	6
Viel Arbeit, aber kein Geld	8
Drei Fragen an Harald Thomé von Tacheles e.V.	9
Armut matters: Zur Lebenssituation Armutsbetroffener	11
Wenn nur noch Minus auf dem Konto ist	13
Drei Fragen an Miriam Hoheisel (VAMV)	14
Die Notlösung als Dauerzustand	15
Drei Fragen an Elke Schmidt-Sawatzki	16
Tagsüber studieren und lernen, nachts Cocktails schütteln	19
Armutskongress 2019	
Sozialpolitik	
Presseschau: u.a. Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Mietrecht für soziale Träger, Jugendfreiwilligenjahr ...	21
Mit Solidarität und Parität für Sicherheit im Alter	23
Gespräch mit Dr. Joachim Rock zur Rentenpolitik	24
Buchrezension: „Rechtspopulisten im Parlament“	25
Kommentar: Rassismus und die Gesellschaft der Ungleichen	
Verbandsrundschau	
Vermischtes und Verschiedenes	26
Rosenbrock unterwegs...	27
Projekt zur digitalen Kommunikation: #gleichimNetz	28
Rückblick: Tagung gegen Einsamkeit im Alter	29
Rückblick Pflegekongress: „Ich will eine gute Pflege und dafür braucht es Zeit“	30
Paritätische Positionierungen: Neue Beschlüsse des Verbandsrats	31
Menschenrechte: Unsere Jahreskampagne geht zu Ende	32
Termine, Termine, Termine...	34
Bildnachweise und Impressum	35

Nicht nur gedruckt
sondern auch unter
facebook.com/paritaet
bei Twitter unter [@paritaet](https://twitter.com/paritaet)
und jetzt auch bei Instagram
unter instagram.com/paritaet/



Dieses Magazin kann als barrierefreie pdf-
Datei im Internet heruntergeladen werden:
www.paritaet.org



Professor Dr.
Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

Armut reicht bis weit in die Gesellschaft hinein. Wie der neue Armutsbericht 2018 des Paritätischen Gesamtverbandes unter dem Titel „Wer die Armen sind.“ zeigt, ist Armut kein Phänomen von sog. „Randgruppen“. Er belegt, dass der Großteil der erwachsenen Armen in Deutschland erwerbstätig, in Ausbildung oder in Rente ist. Demnach sind 33,2 Prozent der armen Erwachsenen erwerbstätig, 24,8 Prozent in Rente und 12,4 Prozent in Ausbildung. ‚Nur‘ 21 Prozent aller erwachsenen armen Menschen in Deutschland sind hingegen arbeitslos. Damit begegnet der Armutsbericht dem Klischee, dass Armut insbesondere Personen mit einem geringen Bildungsstand, Arbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund trifft. Diese Befunde zeigen, dass ‚Arm trotz Arbeit‘ und Altersarmut drängende sozialpolitische Probleme sind und deren Bekämpfung endlich auf die politische Agenda gehört. Dazu notwendig sind armutspolitische Maßnahmen wie u.a. die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, die gleiche Entlohnung von Menschen in Leiharbeitsverhältnissen wie die Stammbesellschaft, die Abschaffung sachgrundloser Befristungen, die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, eine armutssichere Rente und die Abkehr von Hartz IV.

Im Januar 2009 findet beim Bundesverfassungsgericht eine Anhörung über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von SGB II statt. Seit jeher spricht sich der Paritätische gegen die Sanktionen als einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte der Betroffenen aus. Denn wer Hartz IV bezieht und eine angebotene Arbeitsstelle, wie unattraktiv sie auch sein mag, nicht annimmt, dem drohen Leistungskürzungen, die bis zur kompletten Streichung der Leistungen führen können. Die Sanktionen führen zu einschneidenden Ausschlüssen von Teilhabemöglichkeiten, das schiere Existenzminimum ist nicht mehr gesichert. In sehr vielen Fällen sind sie zudem pädagogisch kontraproduktiv. Sie sind nicht zu rechtfertigen und daher ersatzlos zu streichen. Vielmehr brauchen wir Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die in den Arbeitsmarkt integrieren und dabei flexibler ausgestaltet sowie stärker mit psychosozialen Angeboten (bspw. Stärkung psychosozialer Ressourcen, Tagesstrukturierung Suchtberatung) verknüpft sind. Es bedarf neuer Bildungsinstrumente zur Aus- und Weiterbildung, die auf die oft multiplen Problemlagen von lange Zeit arbeitslosen Menschen zugeschnitten sind.

Wie das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach festgestellt hat, müs-

sen die Regelleistungen nicht nur das physische Existenzminimum abdecken, sondern auch, ein Minimum an soziokultureller Teilhabe sicherstellen. Für die Kinder in Hartz IV ist insbesondere eine bestmögliche Bildung in KiTa und Schule sowie die Teilhabe an Kultur, Sport und dem Vereinsleben kostendeckend notwendig. Zur Neuausrichtung der Förderpolitik gehört zudem die Einführung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung. Am 10. und 11. April 2019 wird der Paritätische Gesamtverband gemeinsam mit dem DGB, der Nationalen Armutskonferenz, der AWO und weiteren unterstützenden Organisationen unter dem Titel „Baustelle Deutschland. Solidarisch anpacken!“ den dritten Armutskongress in Berlin ausrichten. Dort werden wir auf den Gebieten der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik, Wohnungspolitik, Pflege u.a. Strategien einer wirksamen Armutsbekämpfung nachgehen.

Herzlich, Ihr



Wer sind die Armen?

Von falschen Bildern und neuen Daten

„Wer sind die Armen?“ Stellt man in Deutschland diese Frage, bekommt man in der Regel prompt und sehr zuverlässig die Antwort: Alleinerziehende, Arbeitslose, Menschen mit unzureichenden Bildungsabschlüssen und vor allem: Migrant*innen. In gewisser Weise stimmt das auch. In gewisser Weise ist es aber auch schlicht falsch, wie der Armutsbericht des Paritätischen erstmals aufzeigt.

Untersuchen wir die Soziodemografie der Armut, schauen wir uns üblicherweise bestimmte Teilgruppen der Bevölkerung an (nach Haushaltstyp, Erwerbsstatus, Bildungsniveau u.a.). Wir messen für bestimmte Merkmalsträger (bspw. Alleinerziehende, Arbeitslose u.a.) die Armutsquote und vergleichen sie mit der Gesamtquote. Das Ergebnis ist seit Jahren so ziemlich immer dasselbe: Es sind Arbeitslose (62,9 %), Alleinerziehende (40,2 %), kinderreiche Familien (30,0 %), Migrant*innen (27,5 %) oder Menschen mit ungenügenden Bildungsabschlüssen, die in jedem Jahr mit ihren Quoten ganz deutlich über der Gesamtquote (16,8 %) liegen und damit das höchste Armutsrisiko tragen. Zugrunde gelegt wird dabei ein relativer Armutsbegriff, der, EU-Standards folgend, als arm jene zählt, die über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in einer Gesellschaft verfügen, da in diesem Falle davon ausgegangen werden muss, dass die Betroffenen nicht mehr an der Lebensweise teilhaben können, die in einer Gesellschaft als noch annehmbar gilt.

Dieses klassische Vorgehen ist und bleibt durchaus aussagekräftig. Indem wir das Risiko für bestimmte Bevölkerungsgruppen markieren, in die Armut abzurutschen, erhalten wir in gewisser Weise einen politischen Fingerzeig, wo sozial-, bildungs- oder arbeitsmarktpolitische Instrumente anzusetzen

haben, um „unverhältnismäßige“ Armut zu bekämpfen. Eigentümlich ist dieses Vorgehen jedoch insofern, als dass es nichts darüber aussagt, wer diese 16,8 Prozent, diese rechnerischen 13,7 Millionen Menschen unter uns sind, die wir zu den Armen zählen müssen. Wenn 63 Prozent der Arbeitslosen arm sind, heißt das nicht, dass sie deshalb die Gruppe der Armen dominieren müssen. Oder anders: Wenn Arbeitslose in der Regel auch arm sind, bedeutet das nicht, dass Arme in der Regel auch arbeitslos sein müssen.

Wer sind die 13,7 Millionen Armen unter uns? Wen treffen wir am wahrscheinlichsten an, wenn wir uns unter Armen bewegen? Es mag den einen oder die andere überraschen: Aber es sind gerade nicht hauptsächlich Migrant*innen, Arbeitslose, Menschen mit geringem Qualifikationsniveau, Alleinerziehende oder Kinderreiche. Es sind vielmehr ganz überwiegend hier in Deutschland geborene Menschen und Personen mit zumeist mittlerem oder höherem Qualifikationsniveau. Jede*r fünfte arme Mensch ist ein Kind. Die meisten erwachsenen Armen sind entweder erwerbstätig, in Ausbildung oder schon in Rente oder Pension.

Erwachsene arme Menschen gehen meist einer Erwerbstätigkeit nach oder sind Rentner*innen. Ganz genau sind es 33,2 Prozent von ihnen, die erwerbstätig sind, 12,4 Prozent sind in Ausbildung und 24,8 Prozent in Rente oder Pension. Arbeitslos sind dagegen lediglich 21 Prozent. Der häufige Hinweis, bei den erwerbstätigen Armen handele es sich doch zumeist um Minijobber, geht empirisch ebenfalls ins Leere: Zusammengenommen sind rund 70 Prozent der erwerbstätigen Armen teilzeitbeschäftigt (28,7 %) oder voll erwerbstätig (40,7 %). Es geht um echtes working poor: Arm trotz Arbeit. Nur gut jede*r vierte erwerbstätige Arme



(26,8%) geht seiner Tätigkeit nur in geringfügigem Umfang nach. Stattdessen fällt ein deutlich höherer Anteil von Leiharbeiter*innen und Beschäftigten mit nur befristeten Anstellungsverhältnissen unter den Armen im Vergleich mit den Nichtarmen auf. So sind 7,9 Prozent der Armen in einem Zeit- oder Leiharbeitsverhältnis und 31,3 Prozent nur befristet beschäftigt, während es in der Vergleichsgruppe der Erwerbstätigen mit auskömmlichem Einkommen nur 2,3 Prozent bzw. 10,5 Prozent sind. Zumindest statistisch ist der Zusammenhang zwischen working poor einerseits und Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen andererseits evident.

Wenn mehr als zwei Drittel der erwachsenen Armen erwerbstätig, in Ausbildung oder in Rente sind, kann es auch nicht mehr erstaunen, dass das Vorurteil, arme Menschen seien zumeist auch „ungebildet“ nicht zutrifft: 56 Prozent der Einkommensarmen können ein mittleres und weitere 17,1 Prozent sogar ein hohes Qualifikationsniveau vorweisen. Mit anderen Worten bei fast drei Viertel der Armen dürfte das Bildungsniveau nicht die Ursache für die prekäre Einkommenssituation darstellen. Und das heißt auch: Die Armutsproblematik in erster Linie als ein Problem nicht vorhandener Arbeit und nicht vorhandener Qualifikation zu interpretieren, geht klar an den empirischen Fakten vorbei.

Was den Migrationshintergrund anbelangt, waren die letzten Veröffentlichungen geeignet, einer oberflächlichen Leser*in ein Bild zu suggerieren, wonach die Armutproblematik in erster Linie ein Problem des Zuzugs von Migrant*innen sei. Und in der Tat sind Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Armut betroffen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Richtig ist auch, dass die Armutsquote unter Migrant*innen in diesem Jahrzehnt angestiegen ist. Unter dem Strich ist jedoch zur Kenntnis zu nehmen: Rund drei Viertel der Armen ist in Deutschland geboren.

Die Veränderung der Fragestellung von „Wer hat das höchste Armutsrisiko?“ hin zu „Wer sind die Armen?“ ermöglicht endlich neue Perspektiven in der Armutbekämpfung. Nicht, dass damit die Bekämpfung der Armut unter Alleinerziehenden, Arbeitslosen oder Migranten zweitrangig oder gar obsolet würde. Dies kann eindeutig nicht aus den neuen Befunden des Paritätischen Armutsberichtes geschlossen werden. Doch fällt auf, dass gerade die beiden Phänomene, die in der öffentlichen und politischen Diskussion mit Verweis auf

vergleichsweise günstige Armutsquoten regelmäßig heruntergespielt werden, besondere Relevanz erlangen: Die Armut von Erwerbstätigen und die Armut von Rentner*innen.

Nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung beträgt die Armutsquote für Erwerbstätige gerade einmal 9,2 Prozent – bei 16,8 Prozent für alle Gruppen gemeinsam. Auch Rentner*innen und Pensionär*innen sind mit 14,7 Prozent nur unterdurchschnittlich betroffen. Im politischen Diskurs sorgten derlei Quoten in den letzten Jahren dafür, dass Altersarmut als ein Problem künftiger Generationen, aber nicht als akutes Problem eingeordnet wurde und working poor so gut wie überhaupt keine Rolle spielte.

Wenn aber, wie der Paritätische Armutsbericht zeigt, mehr als ein Drittel der erwachsenen Armen erwerbstätig und jede*r Vierte Rentner*in bzw. Pensionär*in ist, wird klar: Ohne eine Politik, die sich dem Phänomen der Armut trotz Arbeit und der Altersarmut stellt, ist eine wirkungsvolle Bekämpfung der Armut nicht möglich.

Bei der Bekämpfung der Altersarmut reicht die Agenda von der armutssicheren Rente bis zur Reform und spürbaren Verbesserung der Altersgrundsicherung. Dem Phänomen des working poor kann nur mit einem Bündel von Maßnahmen begegnet werden. Schon die wenigen statistischen Anhaltspunkte aus dem Paritätischen Armutsbericht verweisen auf die große Notwendigkeit, zu einem Mindestlohn zu gelangen, der tatsächlich vor Einkommensarmut zu schützen vermag, einen Familienlastenausgleich zu schaffen, der Kinder in erwerbstätigen Haushalten nicht zum Armutsrisiko werden lässt – etwa durch die Etablierung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung außerhalb von Hartz IV – und deutlich mehr zu tun für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das heißt mehr und passgenauere Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen. Das heißt aber auch, bedarfs- und einkommensorientiert finanzielle Ausgleiche bei Teilzeittätigkeit von Eltern zu schaffen, die vor Armut zu schützen vermögen.

Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer des
Paritätischen Gesamtverbandes

Greta Schabram, Referentin für Sozialforschung und Statistik, und Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider am 13. Dezember 2018 bei der Vorstellung des Armutsberichtes in der Bundespressekonferenz.





Viel Arbeit, aber kein Geld

Hohe Leistung, wenig Lohn, keine Würde, so beschreibt Stefan B. C. seine Tätigkeit bei einem Paketzulieferer. Menschen im Niedriglohnssektor werden ausgenutzt, viele müssen mit staatlichen Mitteln aufstocken.

Ein ganz normaler, junger Mensch, könnte man denken: Stefan B. C. trägt modisch-zerrissene Jeans, eine beige Jacke und Sneaker an den Füßen. Ähnlich wie seine Altersgenossen sollte der Rumäne voller Taten- und Träume durchs Leben gehen; Ziele, Träume und Möglichkeiten haben. Seine Körperhaltung zeigt das Gegenteil, der 21-Jährige ist erschöpft, fühlt sich betrogen: „Ich verstehe nicht, warum eine Leistung so schlecht bewertet wird“, sagt der Rumäne. Auf der Suche nach einem ordentlich bezahlten Arbeitnehmerverhältnis musste Stefan durchmachen, was vielen im Niedriglohnssektor passiert: Er wurde ausgebeutet.

Abfahrt um neun Uhr von Düsseldorf nach Köln, Wartezeit, Beladung, Tanken, erst gegen halb zwei habe er mit seiner Auslieferung in Düsseldorf beginnen können. Das Pensum – unmenschlich: Jeden Tag habe Stefan 120 bis 200 Pakete ausliefern müssen. Um 21 Uhr habe der Rumäne seinen Wagen in Köln wieder abgegeben, er fuhr dann zurück in die NRW-Landeshauptstadt. Müdigkeit und Frustration waren

seine ständigen Begleiter. Für seine Zwölf-Stunden-Tage bekam Stefan in dreieinhalb Monaten insgesamt 1500 Euro ausgezahlt. Die Ausreden seines Chefs waren gratis.

„Die Not und das Schicksal der Leute werden ausgenutzt“

„Das ist die gängige Masche“, weiß Catalina Guia von dem Projekt „Arbeitnehmerfreizügigkeit fair gestalten“ von dem Verein Arbeit und Leben des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen. Die Rumänin berät viele ihrer Landsmänner und -frauen, hilft ihnen dabei, Klage einzureichen. Oft seien europäische Zuwanderer betroffen, die bereits in ihren Heimatländern angeworben werden, keine Ahnung von regionalen Rechten hätten und auch hier keinen Anspruch auf Hartz IV haben. „Die Not und das Schicksal der Leute werden ausgenutzt“, weiß die Referentin. Die Ost- oder Mitteleuropäer seien zunächst auch dankbar, denn dort seien die Arbeitsplätze knapp und der Lohn liege oft bei weniger als 300 Euro. „600 bis

800 Euro im Monat für 300 Stunden ist da Luxus“, sagt Guia. Probleme zeigten sich in Deutschland aber bereits bei der Miete der Unterkunft, die von den Arbeitgebern vermittelt wird: Die Menschen müssten sich oftmals mit vielen ein Zimmer teilen, die werden wiederum hoch abgerechnet. Bei Kündigung droht die Obdachlosigkeit.

Vor Kurzem schlug auch der Düsseldorfer Verein Fiftyfifty Alarm und kritisierte das Geschäftsmodell von Hermes und anderen Paketzustellern. Seit rund drei Jahren begegneten sie insbesondere in der Vorweihnachtszeit immer mehr Wohnungslose, die in Hermes-Arbeitskleidung regelmäßig ihre Post bei ihnen abholen. Der Obdachlosenverein bietet Adressen dafür an. Die besagten Betroffenen seien bei Subunternehmen beschäftigt, lebten aber dennoch in prekären Verhältnissen. „Wir kennen Menschen, die seit 2016 durchgängig für Hermes tätig sind – ihre Arbeitsverträge sind jedoch immer auf sechs Monate befristet“, heißt es. Eine Chance auf Entfristung gebe es offenbar nicht.

Mindestlohn wird umgangen

„Subunternehmen organisieren sich in Subunternehmen, insgesamt werden die Aufträge an drei bis vier Firmen weitergegeben“, ergänzt Bildungsreferentin Guia, manchmal wüssten die Auftragsfirmen nichts von der Unterwanderung des Mindestlohns. Stefan habe über sein Subunternehmen für Amazon Pakete ausgeliefert. Über eine Anzeige ist der 21-Jährige auf das Jobangebot gestoßen, in einem Gespräch und durch einen Vertrag seien ihm 1500 Euro netto monatlich bei einem täglichen Pensum von mindestens 120 Paketen versprochen worden, später wurde die Anzahl aufgestockt. „Wenn die Arbeitnehmer nicht die geforderte, unmenschliche Leistung erbringen, wird das Gehalt gekürzt“, Guia kennt die Tricks, um den Mindestlohn zu umgehen.

Die Zahlen sind ernüchternd: „Ungefähr sieben Prozent der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bekommen weniger als den Mindestlohn, Beschäftigte in kleinen Firmen seien besonders betroffen sowie Mini-Jobber*innen“, berichtet das Deutsche Institut für Wirtschafts-

forschung Berlin 2017. Berücksichtigt man auch Erwerbstätige ohne Anspruch auf den Mindestlohn, wie Selbstständige, verdienten im Jahr 2016 insgesamt etwa 4,4 Millionen Menschen in Deutschland weniger als 8,50 Euro brutto pro Stunde.

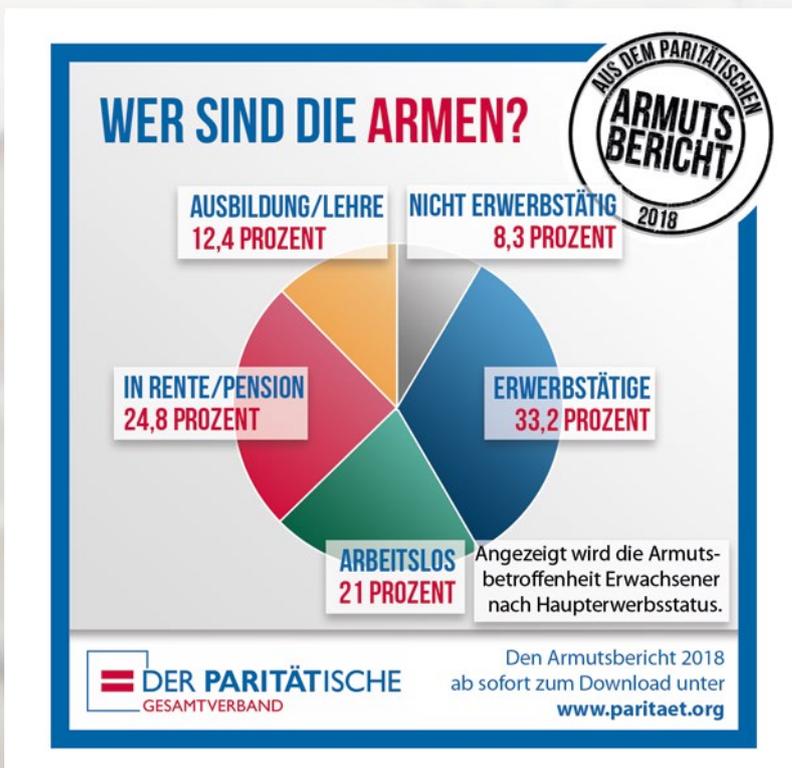
Man kommt nicht auf den grünen Zweig

Aber auch darüber hinaus besteht Bedarf, denn Armut ist oberhalb des aktuellen Mindestlohns von 8,84 Euro (1. Januar 2019: 9,19 Euro) angesiedelt, weiß Lars Schäfer, Fachreferent Armut und Grundsicherung vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (NRW): „Wir als Verband fordern einen Mindestlohn von mindestens 12,63 Euro pro Stunde.“ Neben der besonders schwer betroffenen Gruppe der EU-Zuwanderer, erhielten alle Menschen, die im Niedriglohnsektor angesiedelt sind, zu wenig Geld – viele bekämen zusätzlich Sozialleistungen. Das seien oftmals Langzeitarbeitslose, Menschen mit geringem Schulabschluss, Zuwanderer, Studenten, aber auch rund die Hälfte aller Alleinerziehenden. Vor allem Singlemütter gehörten zu den „klassischen Aufstockern“ mit Hartz IV. „Man reißt sich auf, macht und tut

und kommt trotzdem nicht auf einen grünen Zweig“, sagt Schäfer. Dazu kommt: Durch den zu geringen Lohn seien die Menschen nicht nur von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen, sondern sie stürben auch früher, zehn Jahre im Schnitt.

Seine Körperhaltung, zusammengesunken, seine Arme und Beine, ganz nah beieinander, als hätte er kein Recht sich im Raum auszubreiten und wohlzufühlen, Stefan lächelt wenig. So sitzt er bei Catalina Guia im Büro. Der Rumäne hat Glück, der 21-Jährige wohnt bei den Eltern seiner Freundin und ist dadurch nicht von Obdachlosigkeit bedroht. Guia berät den 21-Jährigen und unterstützt bei der Klage für den versprochenen Lohn: 4000 Euro stehen ihm demnach noch zu. „Das Gute am Mindestlohn ist, dass wir eine Rechtsbasis haben, um klagen zu können“, sagt die Bildungsreferentin. Das Problem bei der Umsetzung seien jedoch fehlende Kontrollen sowie die fehlenden Sanktionen.

Annabell Fugmann





Drei Fragen an Harald Thomé von Tacheles e.V.

Der Erwerbslosenverein Tacheles e.V. hilft seit 1994 sozial benachteiligten und erwerbslosen Menschen in Wuppertal, ihre Rechte durchzusetzen. Damit dürfte der Verein eine Menge zu tun haben. Nach letzten Zahlen beziehen mehr als 50.000 von 350.000 Wuppertaler*innen Hartz IV. Harald Thomé ist Gründungsmitglied und weiterhin aktivstes Mitglied bei Tacheles. Er beantwortete uns ein paar Fragen. Übrigens: Dieser Ausgabe liegt auch der Flyer einer gemeinsamen Aktion des Paritätischen und Tacheles zum Schulbedarf bei.

Herr Thomé, Politiker*innen behaupten häufig, dass Hartz IV nicht Armut bedeutet, beispielsweise Gesundheitsminister Jens Spahn. Wie stehen Sie als jemand, der täglich damit zu tun hat, zu dieser Aussage?

Für die von Hartz IV abhängigen Menschen ist es eine Verhöhnung ihrer Selbst. Natürlich bedeutet Hartz IV Armut. Gesellschaftliche Teilhabe ist damit nicht möglich. Dazu ein paar Beispiele: gerade ist der neue „Monitoringbericht der Bundesnetzagentur“ veröffentlicht worden. Bei dem werden alle wichtigen Daten über die Energieversorgung von privaten Haushalten veröffentlicht. Darin steht, dass im Jahr 2017 4,8 Millionen Stromsperrungen angedroht wurden und dass es zu 344.000 Stromsperren gekommen ist. Eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie aus 2016 belegt, dass etwa die Hälfte aller von Stromsperren betroffenen Haushalte Leistungen der Grundsicherung bezieht.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist Kinderarmut. Der „Datenreport 2018 – Sozialbericht für Deutschland“ attestiert das im Jahr 2017 im Durchschnitt 15,2 % aller Minderjährigen in Armut leben. In strukturschwachen Kommunen wie Wuppertal leben sogar 28,6 % aller Kinder und Jugendlichen von Hartz IV. Noch ein Punkt: Vor kurzem kam der neue „Schuldenatlas“ von Creditreform heraus. Der besagt, dass die Überschuldungsquote bei 10,4 Prozent liegt. Das betrifft 6,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger und davon sind ein ganz erheblicher Teil Hartz IV- und

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger.

Das sind drei Indikatoren dafür, dass die Regelleistungen „bedarfsunterdeckt“ sind, also zu Armut führen. Deutlicher kann man es nicht machen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2014 zu den Regelbedarfen im SGB II gesagt, sie seien an der Unterseite dessen, dass sie noch verfassungskonform sind und es den Gesetzgeber zu einer Vielzahl von Änderungen aufgefordert. Von denen ist bis heute keine einzige umgesetzt worden. Das bedeutet: eine Änderung ist politisch nicht gewollt.

Tacheles gibt es bereits seit 1994. Wie hat sich Ihre praktische Arbeit seitdem verändert, besonders nach der Einführung der Agenda 2010?

Vor 25 Jahren gab es noch ein Sozialrecht, was diesen Namen verdiente. Das alte Sozialrecht war davon geprägt, dass soziale Rechte „weit auszulegen sind“. Heute gibt es im SGB II/SGB XII fast nur noch Sonderrecht, also Gesetzesregelungen, in denen das Sozialrecht alter Prägung nicht mehr anzuwenden ist. Dafür wurde das SGB II auch seit seinem Bestehen schon 86 mal geändert.

Jede Hartz IV-Rechtsänderung ist eine Verschärfung und ist mit der Ausweitung von Sonderrechtsregelungen verknüpft. Wenn vor 20, 25 Jahren eine Familie oder eine Einzelperson 100 DM zu wenig hatte, haben Sozialbehörden „Land unter“ gesehen. Da wurde gehandelt – zeitnah, zügig und schnell wurde sich darum gekümmert, das Problem

zu lösen. Heute habe ich Familien in der Beratung, denen 1000 Euro fehlen und meiner Beobachtung nach juckt's die Behörde überhaupt nicht mehr. Sie werden häufig einfach nur noch als Belastung angesehen.

Sie beraten bei Tacheles auch zu anderen Themen, wie zum Beispiel Wohngeld, BAföG oder Krankenversicherung, um nur einige zu nennen. Welches Thema ist gerade besonders akut bei Ihnen?

Absoluter Schwerpunkt ist natürlich das SGB II, aber auch eigentlich alles andere. Es gibt immer einen gemeinsamen Nenner und das ist unzureichende Aufklärung und Beratung. Kaum einer in den Behörden nimmt sich einfach mal Zeit und erklärt den Betroffenen vernünftig, was und wie zu tun ist. Sie werden als Kunden bezeichnet, in der Realität dann aber oft als Störenfriede unter Generalverdacht des Leistungsbetruges gestellt, selbst Schuld an ihrer Lage.

Unsere sozialrechtliche Beratung ist umfangreich, meist sind es existenzielle Notlagen, Leistungen werden nicht oder nicht mehr gezahlt. Oft sind es einfach nur Manövriert Hilfen, dann geht es darum, mit den Menschen die einzelnen Schritte zu entwickeln, aber natürlich auch um handfeste und juristische Auseinandersetzungen, wenn es um das Erstreiten von Leistungen geht.

Die Fragen stellte Philipp Meinert.

Weitere Infos:
www.tacheles-sozialhilfe.de

Armut *matters*: Zur Lebenssituation Armutsbetroffener

Armut macht einen dramatischen Unterschied. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse des Armutsberichts 2018 des Paritätischen Gesamtverbandes. Die Lebenssituation armer Menschen unterscheidet sich signifikant von Nicht-Armen hinsichtlich unfreiwilliger Entbehrungen von Sicherheiten, Gebrauchsgütern und Teilhabemöglichkeiten. Armen geht es in beinahe sämtlichen Lebensbereichen schlechter.

Armut betrifft nicht nur einen Teil des Lebens, sondern wirkt sich auf nahezu alle Facetten aus: wie sorgenreich das Leben ist, wie man wohnt, wie glücklich und gesund man ist. Armut beeinflusst negativ das eigene Sinnerleben, macht ängstlicher und trauriger. Das Leben kann weniger kontrolliert werden und ist damit anfällig für Überforderung und Stress. Kurz: Armut reicht tief, Armut *matters*.

Durchgängig zeigt sich, dass Arme gegenüber Nicht-Armen schlechter gestellt sind und schwierigere Lebensumstände haben. Einkommensarmut geht mit materiellen Entbehrungen Hand in Hand: Kein Geld für einen Internetanschluss, das Heizen der Wohnung in kalten Monaten oder die Möglichkeit abgenutzte Dinge durch neue zu ersetzen. Eine deutliche Mehrheit von rund zwei Drittel der Armen, aber nur eine Minderheit von nicht einmal 20 Prozent der Nicht-Armen

lebt in Haushalten, die keine finanziellen Rücklagen für Notfälle haben. Für 77 Prozent der Armen ist kein Sparen möglich. Auf Nicht-Arme trifft dies nur zu weniger als einem Drittel zu. Wenn aber finanzielle Rücklagen und selbst kleinste Sparmöglichkeiten fehlen, müssen Betroffene hoffen, dass es keine Notfälle gibt. Wenn beispielsweise die Waschmaschine kaputt geht, kann nicht einfach eine neue gekauft werden. Ein Waschsalon ist auf Dauer nicht nur zeitraubend, sondern muss erreichbar sein und wird sowohl durch Anfahrt als auch die vielen Waschgänge für eine mehrköpfige Familie viel Geld beanspruchen. Ebenso kann ein kaputtes Auto, das von einer alleinerziehenden Mutter für den Weg zur Früh- oder Nachtschicht benötigt wird, zur Krise führen. Öffentliche Verkehrsmittel sind an Randzeiten oft nicht verfügbar, Reparaturen sind kostspielig und nur durch Rücklagen zu finanzieren. Zugleich wird der Lohn dringend benötigt. Selbst das Leihen von

Geld oder Ratenzahlungen sind keine nachhaltige Lösung, wenn jeden Monat nichts übrig bleibt.

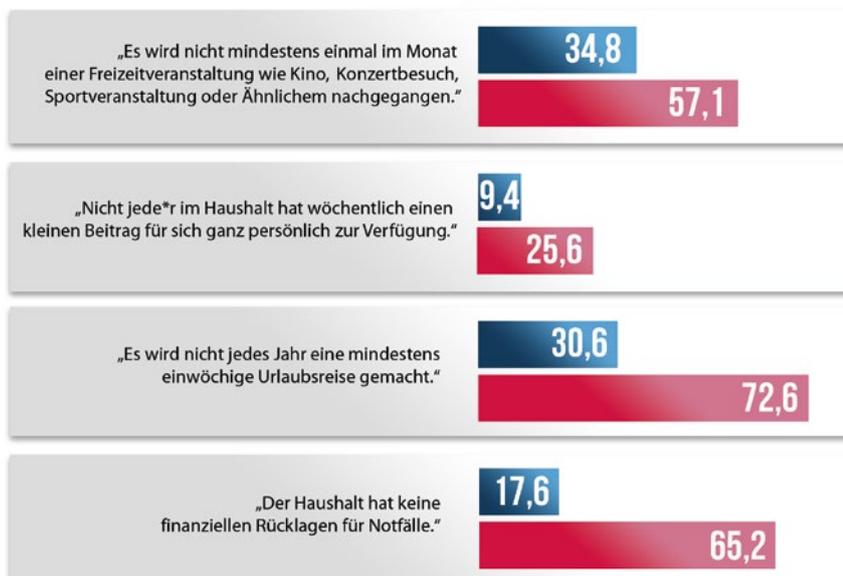
Armut bedeutet Entbehrung: Ein Viertel aller Armen lebt in Haushalten, in denen nicht jede*r einen kleinen wöchentlichen Geldbetrag zur freien Verfügung hat. Die Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sind damit fundamental eingeschränkt. Hier steht in der Regel nicht zur Debatte, welcher Kinofilm geschaut wird, da ein Kinobesuch schlicht nicht drin ist. Für Kinder wiegt dieser Mangel an Teilhabe, die Ausgrenzung besonders schwer. Kein Kind kann den Umgang mit Geld lernen, wenn es nie welches hatte. Wenn kein Brötchen beim Bäcker oder Sammelkarten am Kiosk vom eigenen Geld gekauft werden können, steht das Kind im wahrsten Sinne des Wortes nebendran. Knapp drei Viertel der Armutsbetroffenen unternimmt innerhalb eines Jahres noch nicht einmal eine einwöchige Urlaubsreise. Für die betroffenen Kinder bedeutet dies, dass sie nach den Schulferien nie über eine Reise berichten können. Sie merken, dass das Entdecken neuer Länder, anderer Tätigkeiten wie Skifahren oder Surfen, der Urlaub am Pool oder Meer etwas sind, von dem sie ausgeschlossen sind und dessen sie sich unter Umständen sogar schämen, da sie „nur“ Zuhause blieben.

In der Wissenschaft besteht Konsens darüber, dass Einkommensarmut nicht nur einen Mangel an Teilhabe bedeutet, sondern auch direkte Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden hat. Anhand der für den Armutsbericht ausgewerteten Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann gezeigt werden: Armut bedeutet Sorgen und nicht selten Stress. Psychische Belastungen von Armutsbetroffenen sind höher als von Nicht-Armen. Sie leiden vermehrt unter starker Anspannung, Isolation und dem Gefühl, keine Kontrolle über eigene Sorgen zu haben.

Sowohl um die eigene wirtschaftliche Situation, als auch um die Altersversorgung und eigene Gesundheit sorgen

ENTBEHRUNGEN NACH ARMUTSBETROFFENHEIT

■ NICHT ARMUTSBETROFFEN
■ ARMUTSBETROFFEN



sich Arme signifikant stärker als Nicht-Arme. Arme schätzen zudem ihren Gesundheitszustand schlechter ein als Nicht-Arme, trotz ihres im Durchschnitt jüngeren Alters. Vor allem haben Arme häufiger als Nicht-Arme „große Sorgen“ in allen untersuchten Lebensbereichen. Sorgen sind große Belastungen. Die Menschen wissen, dass sie sich Medikamente kaum leisten können oder Zahnbehandlungen ausbleiben müssen. Sie wissen auch, dass sich ihr Lebensstandard im Alter weiter verschlechtern wird, weil die Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung nicht ausreichen und eine betriebliche oder private Alterssicherung aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Wer sich um Wesentliches große Sorgen machen muss, leidet allein schon der Sorgen wegen, denn Sorgen sind schwer abzuschütteln. Gerade wenn man, wie Armutsbetroffene, auch allen Grund zum Sorgen hat.

Die Empirie belegt: Arme sind signifikant stärker beeinträchtigt durch psychische Faktoren. Die Belastung liegt oftmals um das Doppelte höher im Vergleich zu den Nicht-Armen. Ein niederschmetterndes Ergebnis ist der Befund, dass rund vier von zehn erwachsenen Armen sich nicht in der Lage sahen,

Sorgen zu kontrollieren. Wie das Beispiel der erwerbstätigen Mutter mit ihrer Abhängigkeit vom funktionierenden Auto illustriert, befinden sie sich in einer Zwickmühle. Sie haben keine Kontrolle über ihre Situation und kaum Möglichkeiten, Sorgen einzudämmen, denn dazu fehlen die Ressourcen. Die psychische Mehrbelastung von Armen besteht auch in weniger Freude an der eigenen Tätigkeit, erhöhter Nervosität und Anspannung und im Ausmaß an Niedergeschlagenheit. Gefühlszustände wie Angst, Trauer und Ärger sind unter Armen weiter verbreitet als bei Nicht-Armen. Rund 20 Prozent der Armutsbetroffenen gaben an, sich beispielsweise in den vorangegangenen vier Wochen sehr oft oder oft traurig gefühlt zu haben, aber nur elf Prozent der nicht-armen Personen.

Auch das eigene Sinnerleben als Ausübung einer sinnvollen und für die Gesellschaft wertvollen Tätigkeit ist bei Armen weniger ausgeprägt. Arme erzielen insgesamt nicht nur weniger Einkommen, sie haben zudem auch ein schlechteres Gefühl bei dem, was sie tun, weil es als weniger relevant und sinnvoll empfunden wird. Dabei ist, ungeachtet dessen, welcher Tätigkeit ein Mensch nachgeht, Sinnerleben für

das psychosoziale Wohlbefinden und den eigenen Selbstwert von Bedeutung.

Der im Armutsbericht 2018 angestellte Vergleich zwischen Armen und Nicht-Armen belegt soziale Ungleichheit, die sehr wahrscheinlich auch als ebensolche, nämlich ungleiche Schlechterstellung empfunden wird. Anhand der quantitativen Daten kann ein vertiefter Blick auf die Armutsbetroffenen geworfen werden. Die empirischen Erkenntnisse liefern zugleich viele gute Gründe, um den notwendigen politischen Handlungsdruck für eine wirksame Armutsbekämpfung voran zu treiben.



Greta Schabram ist Referentin für Sozialforschung und Statistik beim Paritätischen Gesamtverband



Wenn nur noch Minus auf dem Konto ist

offensiv '91 bietet in Treptow-Köpenick (nicht nur) Hilfe bei Überschuldung

Einmal im Jahr, im November, veröffentlicht das Unternehmen Creditreform seinen Schuldneratlas. Er gibt verlässlich Auskunft darüber, wie es auf den Konten der Deutschen derzeit aussieht. Dabei geht eine Zahl seit Jahren immer weiter nach oben: Der Zahl der Menschen, die überschuldet sind, also aus eigener Kraft nicht mehr aus dem Minus kommen und offene Rechnungen nicht mehr begleichen können. Inzwischen sind es 6,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger, noch einmal 19.000 mehr als im Vorjahr. Das ist jeder zehnte Erwachsene, in Berlin jeder Achte. Das Gesamtvolumen soll laut Schuldneratlas bei 208 Milliarden Euro.

Für diesen leider wachsenden Markt gibt es auch Hilfe. Wer im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick überschuldet ist, kann in eine Villa gehen. Fußläufig vom S-Bahnhof Schöneweide liegt die „Villa offensiv“, die Heimat des Vereins „offensiv '91“ und gleichzeitig Nachbarschaftshaus. Früher war im Gebäude der sowjetische Geheimdienst NKWD mit Gefangenenlager untergebracht. Diese Zeiten sind lange vorüber und schon lange wird dort vielfältige Hilfe durch „offensiv'91“ angeboten. Es gibt Nachbarschaftshilfe, Seniorensport, den Spielplatz „Hofperle“, Musikunterricht, um nur einiges zu nennen. Und eben auch eine Schuldner- und Insolvenzberatung.

Dafür muss man in die zweite Etage des gelben Gebäudes. Hier sitzen unter anderem Caroline Salewski und Corinna Horn, zwei Juristinnen. Von den verschiedenen Projekten des Ver-

eins macht die Schuldner- und Insolvenzberatung mit ihren vier Berater*innen und einer Sachbearbeiterin den finanziell größten Teil aus. Dass die Zahl der Überschuldeten kontinuierlich ansteigt, spüren die sie direkt vor Ort.



„Im Schnitt haben wir pro Jahr 4000 Beratungskontakte“, erzählt Frau Horn, also Zahl der Beratungen, nicht die der überschuldeten Menschen, die on- und offline Hilfe suchen.

Klient*innen von 17 bis 80 Jahre

Die Gründe für Überschuldung sind vielfältig: Krankheit oder Sucht, längere Arbeitslosigkeit, eine Trennung oder die sogenannten „Konsumschulden“, also wenn mehr gekauft wird als man eigentlich könnte. Oder, auch wenn es banal klingt, auch ein niedrigeres Einkommen ist ein Grund für

eine Verschuldung. Darüber hinaus beobachten die beiden Beraterinnen eine Zunahme von ererbten Schulden, wenn Erbschaften nicht rechtzeitig ausgeschlagen. Der Durchschnitt bei den Schulden, mit denen sie täglich zu tun hätten, läge dann im unteren fünfstelligen Bereich. Es gab aber auch schon Klienten mit über einer Million Euro Schulden. Derartige Summen kommen

aber eher durch Firmenpleiten zustande und seien nicht durch allzu sorgloses Kaufverhalten verschuldet. Sie beraten ausschließlich Klient*innen aus Treptow-Köpenick.

Der Bezirk liege bei der Anzahl der Überschuldeten in der Hauptstadt ungefähr im Mittelfeld zwischen 12 und 14 Prozent, ebenso wie ihr Klientel: „Vom Einkommen als auch vom Alter kommen alle zu uns. Durch die Bank. Von 17 bis über 80 Jahren haben wir hier wirklich alles“ schätzt

Frau Salewski. Es gibt jedoch einige Besonderheiten, beispielsweise beim Alter der

Klient*innen, in Treptow-Köpenick. Der Anteil der Älteren sei bei ihnen höher durch die hohe Zahl der Rentner*innen im Bezirk. Hier ist der Grund leichter auszumachen: Altersarmut. Frau Horn: „Viele haben vielleicht noch recht gut verdient, wenn sie gearbeitet haben, aber dann reichen die Renten nicht entsprechend.“ Hier ist auch Scham oft ein Problem. Bei geringer Rente können viele Aufstocken oder Wohngeld beantragen, tun es aber nicht. Als Trend beobachten die beiden die Zunahme von Migrant*innen in der Beratung in den letzten Jahren. Dies liege unter anderem daran, dass verstärkt Migrant*innen aus anderen Bezirken

wie Kreuzberg oder Neukölln nach Treptow-Köpenick ziehen würden, wo sie sich die Mieten noch leisten können.

Der bereits zitierte Schuldneratlas der Creditreform machte ebenfalls die steigenden Mieten als einen der Hauptschuldentreiber aus. Auch in Treptow-Köpenick werden sie zunehmend zum Problem. Dabei gilt der Bezirk im Süden von Berlin nicht einmal als besonders angesagt oder hip bei Zugezogenen, da er zu weit vom Stadtzentrum weg liegt. Doch außerhalb des begehrten S-Bahn-Rings spürt man die Folgen der Mietenexplosion inzwischen auch. Dementsprechend nehme die Zahl der Klient*innen mit Mietschulden zu. An dieser Stelle wäre laut Frau Horn die Politik gefragt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Denn gerade mit einer negativen Schufa findet man in Berlin kaum noch etwas als Mieter. „Viele, die die Wohnung verloren haben, kommen in Berlin nur noch in Trägerwohnungen oder landen im Wohnheim“ stellt Frau Horn fest.

Schuldenfalle Internet

Doch die Mieten sind nicht der Schuldentreiber Nummer eins. Der häufigste Grund sind nach wie vor die Konsumschulden. Verheerend sind hierbei oft Onlineshops oder eine Kreditfinanzierung. Wenn die Summe nicht umgehend fließen muss, verlieren viele den Überblick. Ein klassischer Fall, so Frau Salewski, wäre der Umzug nach einer Trennung. Die neue Wohnungseinrichtung würde dann häufig über Ratenzahlungen finanziert. Manchmal sei es auch Naivität, erklärt sie. „Ich habe gerade jemanden in der Beratung, der hat vier oder fünf Handyverträge, die er alle für Freunde abgeschlossen hat. Seine Freunde selbst haben aufgrund von Schulden keinen Handyvertrag mehr bekommen und ihn gebeten und er kam nicht auf die Idee einmal nachzufragen, warum das so sei.“ Ich frage sie, ob sie bei teilweise so offensichtlichen Fehlverhalten nicht auch mal ihren Klient*innen erklären, dass sie nun wirklich eine dumme Idee hatten. „So direkt sagen wir das nicht“ lacht Frau



Ein Haus mit vielen Angeboten: Die Villa offensiv im Herzen von Berlin-Schöneeweide.

Horn. „Meistens kommen die da schon selber drauf und wissen, dass sie irgendwo Mist gebaut haben.“ Denn wenn man erst einmal in der Schuldnerberatung säße, hätte man schon ein Einsehen. Der Schritt in die Schuldnerberatung ist bereits der erste Weg zur Selbsterkenntnis. „Das mache ich nie wieder“ sei ebenso ein oft gehörter Satz, der meistens auch stimme.

Falsches Kaufverhalten kann aber auch ererbt werden. „Wir haben teilweise ganze Familien in der Beratung“, stellt Frau Salewski fest. Einige lernen das Schulden machen von klein auf, wenn ihnen die Eltern nichts anderes vorleben. Eigentlich müsste daher Wirtschaften und Finanzkompetenz und der Umgang mit Geld auch Teil des Bildungsplans in der Schule sein, dies würde aber nur angerissen, zumindest in Berlin.

Blumen, Süßigkeiten und Topflappen von dankbaren Klient*innen

Ihre Arbeit bei „offensiv‘91“ zahlt sich aus. Regelmäßige Umfragen unter den ehemaligen Klient*innen brachten interessante Ergebnisse zutage: „Weit über drei Viertel der Befragten gaben an, dass die Schuldenfreiheit sich sowohl auf ihre Gesundheit als auch ihre persönliche psychische Stabilität ausgewirkt hat.“ Und natürlich auf die wirtschaftliche Situation. Und so gibt es auch gute Geschichten. Corinna Horn erzählt von einem Kli-

enten, der ihr in Erinnerung geblieben ist: „Ich hatte mal einen jungen Mann, der spielsüchtig war und etwa 20.000 Euro Schulden hat. Durch eine neue Partnerschaft hat er den Absprung geschafft. Er ist trotz Sucht ins Insolvenzverfahren gegangen und hat die Schuldenbefreiung bekommen. Er hat sich dann sowas von positiv entwickelt. Da ist es natürlich auch schön, wenn man sowas begleiten kann.“ Teilweise melden sich Klient*innen noch nach Jahren und sind dankbar. Auch Geschenke des Dankes in Form von Blumen und Süßigkeiten oder regelmäßigen Kärtchen zu Weihnachten folgen. „Einer hat mir sogar mal einen Topflappen selber gemacht“ freut sich Frau Horn.

Philipp Meinert

Kontakt zur Villa offensiv

Villa offensiv - Haus der Generationen
Hasselwerderstraße 38 - 40
12439 Berlin (Niederschöneeweide)

E-Mail:
schuldnerberatung@offensiv91.de
Mehr Infos unter:
www.offensiv91.de

Mehr Informationen zum Thema
Schuldnerberatung z.B. unter
www.agsbv.de



Drei Fragen an Miriam Hoheisel (VAMV)

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) wurde 1967 als „Verband lediger Mütter“ gegründet. Er vertritt heute bundesweit die Interessen von 2,7 Millionen Einelternfamilien, von Familien also, in denen ledige, getrennte, geschiedene oder verwitwete Eltern mit ihren Kindern leben. Miriam Hoheisel ist Bundesgeschäftsführerin des VAMV und hat uns ein paar Fragen zum Armutsrisiko von Alleinerziehenden beantwortet.

Weiblich, in Teilzeit, alleinerziehend: Warum ist das Armutsrisiko von alleinerziehenden Müttern besonders hoch?

In der Tat, Alleinerziehende und ihre Kinder haben mit über 40 Prozent das höchste Armutsrisiko aller Familien. Sprechen wir über Alleinerziehende, sprechen wir über Frauen: Neun von zehn Alleinerziehenden sind Mütter. Als Frauen und Mütter greifen bei ihnen Benachteiligungen ineinander. Wir haben es also mit keinem persönlichen Verschulden zu tun, sondern strukturelle Ursachen liegen am Arbeitsmarkt, in der Familien- und Steuerpolitik. Frauen bekommen immer noch weniger Geld für ihre Arbeit, besonders nach Erwerbsunterbrechungen, in der Teilzeitfalle oder in einem Minijob. Teilzeit der Mütter ist das häufigste Vereinbarkeitsmodell in Paarfamilien, nach einer Trennung reicht das nicht zum Leben. Ein Drittel der Alleinerziehenden im SGB II sind Aufstocker*innen. Kinderbetreuung ist für Alleinerziehende existenziell. Sie arbeiten oft in typischen Frauenberufen mit atypischen Arbeitszeiten, die nicht zu den Öffnungszeiten von Kita oder Schule passen. Betreuungslücken behindern Alleinerziehende als Familienernährerinnen immer noch darin, ein auskömmliches Einkommen zu erwirtschaften. Das Unterhaltsrecht verlangt nach einer Trennung finanzielle Eigenverantwortung, für die aber die notwendigen Rahmenbedingungen fehlen. Die Mütter tragen weiterhin ganz überwiegend das finanzielle Risiko einer Scheidung. Auch nicht gezahlter Kindesunterhalt verschärft das Armutsrisiko. Nur jede vierte Alleinerziehende kann sich auf einen angemessenen

Unterhalt für ihr Kind verlassen, jede zweite gar nicht.

Elternarmut ist immer auch Kinderarmut. Wie können Kinder von Alleinerziehenden mit Blick auf ihre Entwicklungschancen besser gefördert werden?

Die Hälfte der Kinder in Armut wächst bei Alleinerziehenden auf. Armut hat Folgen für Kinder: Sie grenzt aus, mindert Bildungschancen, macht krank. Damit arme Kinder nicht länger „keine Lust“ haben ein Instrument zu lernen oder ihren Kindergeburtstag zu feiern braucht es erstens eine Erhöhung der sozialrechtlichen Regelsätze für Kinder. Das Existenzminimum sollte sauber und bedarfsgerecht ermittelt werden, die Sachleistung Bildungs- und Teilhabepaket in diesem Zuge in den Regelsatz zurückgeführt werden. Den Eltern zuzutrauen zu wissen, wie sie individuell ihr Kind fördern, erhöht deren Entwicklungschancen.

Zweitens braucht es mittelfristig für alle Kinder einen kostenlosen Zugang zu Bildungs- und Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten. Im Bildungssystem muss der Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Herkunft von Kindern und ihren Bildungschancen endlich durchbrochen werden.

Was muss von Seiten der Politik für Mütter und Kinder getan werden?

Leistungen für Familien verhindern nicht wirksam Kinderarmut, da die Leistungen schlecht aufeinander abgestimmt sind und

Alleinerziehende durchs Raster fallen: Wegen der wechselseitigen Verrechnung von Leistungen kann unterm Strich sogar weniger Geld als zuvor im Portmonee sein, wie durch den Ausbau des Unterhaltsvorschuss 2017 leider noch mal deutlich geworden ist. Denn diese Ersatzleistung für nicht gezahlten Unterhalt mindert parallel zwei Leistungen, den Kinderzuschlag und das Wohngeld. Beim aktuellen Starke-Familien-Gesetz muss deshalb beim Kinderzuschlag nachgebessert, konkret die 100-Euro-Grenze beim Kindeseinkommen gestrichen werden. Die bisherigen Ansätze heben nicht einmal die Verschlechterung seit 2017 auf. Insgesamt sind strukturelle Lösungen notwendig. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik: Es geht darum, die Förderung vom Kind her zu denken statt von der Familienform der Eltern. Eine Kindergrundsicherung würde wirksam Kinderarmut bekämpfen. Weiter braucht es eine effektive Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt, eine bedarfsdeckende gute Kinderbetreuung und eine Steuerpolitik, welche gleichermaßen alle Familienformen und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördert statt die Hausfrauenehe. Damit eine Trennung nicht länger eine Weichenstellung hin zur Frauen- und Kinderarmut ist.

Die Fragen stellte Katrin Frank

Weitere Informationen zum VAMV finden Sie unter www.vamv.de

Die Notlösung als Dauerzustand

Seit fast zwei Jahren lebt Tara C. mit ihrer Tochter im Frauenhaus

Tara C.* öffnet die Immobilien-App auf ihrem Handy und scrollt durch die Nachrichten, die sie an Wohnungsanbieter verschickt hat. „Seit März 2017 bestimmt tausend“, sagt sie. Zusätzlich hat sie sich auf Zeitungsanzeigen gemeldet und sich persönlich bei Wohnungsbaugesellschaften vorgestellt. Herausgekommen sind bis jetzt magere sieben Besichtigungstermine. Und keiner brachte den ersehnten Mietvertrag.

Manche Vermieter sagten es ganz unverhohlen: „Eine Frau aus Afghanistan mit Kind und ohne Job - keine Chance!“, erzählt die 26-Jährige. Die Miete würde zwar das Jobcenter übernehmen. Aber für 370 Euro ist so gut wie nichts zu finden im südlichen Hessen. Und Tara würde gerne dort bleiben. Sie und Samira*, ihre zehnjährige Tochter, fühlen sich in der Stadt im Odenwald inzwischen heimisch. Samira ist in ihrer Schulklasse bestens integriert. Doch ein heikles Thema sind Besuche von Freundinnen. Die anderen Mädchen haben alle ein „richtiges Zuhause“, nur Samira nicht. Sie und ihre Mama teilen sich seit Februar 2017 ein Zimmer im Bensheimer Frauenhaus. Nicht einmal zehn Quadratmeter groß ist es. Zwei Betten, ein Kleiderschrank, ein Tisch, zwei Stühle und eine Kommode sind das Mobiliar. Mehr passt nicht in den engen Raum. Ein Blick genügt, um zu erkennen: Die beiden brauchen dringend eine Wohnung. Und sie sind nicht die einzigen hier im Frauenhaus, denen es so geht. Sieben Frauen mit ihren Kindern leben hier schon zwischen sechs Monaten und länger als einem Jahr, weil sie keine Wohnung finden, sagt Iris Tremel vom Frauenhaus Bergstraße in Bensheim. Nahezu drei Viertel der schutzsuchenden Frauen müssten wegen Platzmangel daher abgewiesen werden.

Das Positive im Leben sehen

Tara C. zieht unter dem Bett zwei Plastikkörbe hervor. „Hier sind die Mal- und Bastelsachen drin.“ Malen, basteln, lesen, kochen, Freundinnen treffen und in der Natur unterwegs sein - das zählt zu den positiven Dingen im Leben der beiden. Und sie schätzen sich glücklich, all das zu haben. Und vor allem, in Frieden, Freiheit und Sicherheit zu leben. Denn es ist für sie nicht selbstverständlich.

Der Mann bestimmt

Ein Blick zurück: Tara ist 15, als ihre Eltern sie mit einem mehr als zehn Jahre älteren Mann verheirateten. Schon bald wird Samira geboren. Die Familie gehört zu den Hazara, einer diskriminierten Minderheit in Afghanistan. „Unser Leben war nicht sicher in unserer Heimat“, sagt Tara. Mit Mann und Tochter flieht sie zunächst nach Iran, dann zu Fuß über die Berge in die Türkei. Auf einem Schlauchboot setzen sie nach Griechenland über. „Wir waren mehr als 40 Leute auf diesem wackligen Boot. Ich habe die ganze Zeit gedacht, wir kippen um und ertrinken“, erinnert sich Tara. Von Griechenland führt der Weg nach Österreich und weiter nach Deutschland. „Mein Mann hat das alles entschieden“, sagt die 26-Jährige. Auch in Deutschland im Flüchtlingsheim ist er es, der entscheidet. Und er findet es nicht in Ordnung, wenn seine Frau mit Männern spricht oder seine kleine Tochter mit den Jungs im Flüchtlingsheim spielt. Das gehöre sich nicht. Aber immerhin duldet er, dass seine Frau im Sprachkurs Deutsch lernt. Tara hat zwar von klein auf erfahren, dass Frauen sich dem Mann unterzuordnen haben, aber sie hat auch Selbstbewusstsein und ist hungrig nach Bil-



dung. Die junge Frau hat zu Hause das Abitur gemacht und ihrem Mann abgerungen, englische Literatur studieren zu dürfen. „Aber er hätte mir nie erlaubt arbeiten zu gehen.“

Nach Messer-Attacke ins Frauenhaus

Als Tara C. einen anderen Flüchtling aus der Unterkunft zum Friseur begleitet, um für ihn zu übersetzen, rastet ihr Mann aus. „Er hat gedroht, mich zu töten und hat ein Messer nach mir geworfen.“ Tara wird zum Glück nicht verletzt. Und sie hat Menschen, die ihr Mut machen, ihren Mann zu verlassen und mit Samira erst einmal in ein Frauenhaus zu ziehen. Hier fühlt sie sich einigermaßen sicher. Doch dass aus der Notlösung ein Dauerzustand werden würde, hätte sie nicht gedacht. Tara spricht inzwischen gut Deutsch, derzeit besucht sie einen B2-Kurs. Sie möchte so bald wie möglich einen Beruf erlernen. Erzieherin will sie werden. „Eine Ausbildung ist wichtig. Ich will genügend Geld für mich und meine Tochter verdienen“, sagt sie. „Sonst bleiben wir immer abhängig.“

* Namen von der Redaktion geändert

Ulrike Bauer

Frauenhaus Bergstraße
Postfach 3094
64614 Bensheim
Tel.: 06251/78388
E-Mail:
kontakt@frauenhaus-bergstrasse.de



Drei Fragen an Elke Schmidt-Sawatzki

Elke Schmidt-Sawatzki ist Landesvorsitzende des Paritätischen Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands. Die 1952 geborene Sozialwirtin arbeitete bis 1996 als Realschullehrerin und anschließend als Geschäftsführerin verschiedener sozialer Einrichtungen, derzeit dem hexenhaus Espelkamp. Außerdem füllt Schmidt-Sawatzki noch mehrere Ehrenämter aus. So ist sie neben ihrem Landesvorsitz in NRW Beiratsmitglied der Stiftung Gemeinsames Handeln für Frauen und Mädchen und Kuratoriumsmitglied der Stiftung „Gemeinsam Handeln.“

Sie sind in Ihrer Arbeit auch wohnungspolitisch aktiv. Wie kamen sie zu diesem Thema und was machen sie?

Das Thema Wohnen beschäftigt mich seit über 30 Jahren. Hauptamtlich bin ich als Geschäftsführerin des Vereins „Hilfe für Menschen in Krisensituationen“ im Kreis Minden-Lübbecke tätig. Dazu gehört auch ein Frauenhaus. Hier wurden wir seit Gründung im Jahr 1987 mit der akuten Nachfrage nach Wohnraum konfrontiert. Das führte uns zwangsläufig zum Thema. Es gibt das Menschenrecht auf Wohnen – doch wie können die Frauen ihre Ansprüche durchsetzen? Wie bekommen sie Zugang zu Hilfen oder wie definiere ich den Begriff „Angemessenheit“ mit Blick auf Wohnraum? Wir haben viele Projekte zum Aufbau von Unterstützungsstrukturen für eigenständiges, gutes und sicheres Wohnen entwickelt. Strukturell fest verankern konnten wir inzwischen das Frauenhaus und Notwohnungen ebenso wie verschiedene Angebote nach §67 SGB XII, also im Rahmen der Sozialhilfe. Hier geht es um Unterstützung bei der Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Und was heißt das konkret? Ganz einfach: Wir bieten ambulante Wohnbegleitung, teilstationäres Wohnen für Frauen, eine kreisweite Beratung von Menschen mit regionaler Netzwerkarbeit der wohnungspolitischen Akteur*innen aus Kommunen, Wohnungswirtschaft und sozialer Landschaft oder auch einen Umzugs-Service über unser Sozialkaufhaus mit Arbeitsprojekten.

Sie leben in NRW. Wie merken Sie dort ganz konkret den sich zuspitzenden Wohnungs- und Mietenmarkt?

Erstens an der immer schwerer werdenden, länger dauernden und teilweise vergeblichen Suche nach bezahlbarem und angemessenem Wohnraum. Das betrifft mittlerweile ganz breite Schichten der Gesellschaft, verschärft ist es noch mal für unsere Klient*innen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Gleiches gilt für Einzelpersonen mit geringem Einkommen, große Familien und für Wohnungen gemäß den Vorgaben aus den Sozialgesetzbüchern II und XII. Zweitens nehme ich eine zunehmende Bereitschaft von Kommunen zur Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft bei der Schaffung und Bereitstellung von Normalwohnraum wahr. Oft geht es aber auch gemeinsam mit unserer Wohnfachstelle darum zu verhindern, dass jemand die Wohnung verliert. Oder dass ihm beziehungsweise ihr der Strom abgestellt wird, weil sich Mietschulden häufen oder Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können. Wir leben hier in einem reichen Land. Doch Armut und soziale Spaltung nehmen von Jahr zu Jahr zu. Und Frauen sind in praktisch allen Lebenslagen häufiger von Armut betroffen als Männer.

Der Paritätische NRW unterstützt das Konzept Housing-First? Was muss ich mir darunter vorstellen?

Housing-First geht davon aus, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, das als Basis für alle weiteren Hilfeangebote vorrangig umgesetzt werden muss. Es

setzt voraus, dass die Betroffenen zwar begleitende Hilfe freiwillig annehmen können, aber nicht müssen. Hilfe kann mit gegenseitiger Akzeptanz auf Augenhöhe stattfinden und ‚Drehtüreffekte‘ werden vermieden. Housing-First ist aber auch umstritten. Doch unser Verein findet diese neuen Arbeitsansätze sehr spannend und beteiligt sich auch deshalb durch Mietwohnungsankauf und fachliche Schulung der Mitarbeiter*innen am Modellprojekt Housing-First-Fonds. In der Praxis soll erforscht und erprobt werden, ob und wie der Ansatz in die deutschen Systeme der Zugangssteuerung, Anspruchsverwirklichung und Annahme der Hilfen übertragbar ist. Die angenommene hohe Wirksamkeit von Housing-First werden wir in der eigenen Praxis überprüfen, gegebenenfalls anpassen oder sogar für unsere Bedingungen neu entwerfen.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Das hexenhaus Espelkamp ist seit 1986 Anlaufstelle für Schutz und Hilfesuchende Frauen und ihre Kinder aus dem Kreis Minden-Lübbecke.

Frauen, die Gewalt erfahren, können unter der 08000116016 Unterstützung beim Hilfefonot „Gewalt gegen Frauen“ bekommen. Das Angebot vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben ist ganzjährig rund um die Uhr geschaltet.

Tagsüber studieren und lernen, nachts Cocktails schütteln

Viele Studierende und
Auszubildende stehen
unter finanziellem Druck



Lotte Lange* ist 26 Jahre jung, aber ihr Lebenslauf ist gut gefüllt: Die Berliner hat nach dem Abitur ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert, dann einen Bachelor in Sozialer Arbeit und einen Master in Interkulturellem Konfliktmanagement – auf Spanisch – abgeschlossen. Nun folgt die Promotion. Lotte hat nicht nur engagiert studiert, sondern ebenso intensiv gearbeitet. Ihr Einkommen reichte nicht aus, elterliche Unterstützung war leider nicht möglich: Sie hatte einen Minijob bei pro familia, war Servicekraft im Catering und Hostess bei der Berlinale, Mitarbeiterin in einem Jugendverband und einer Jugendeinrichtung. Die Kosten für ihr Masterstudium – 8.000 Euro – verdiente sie sich mit Nachschichten in einem Frauenobdach. „Wenn es ruhig war, habe ich für die Uni gelernt“, schildert sie und meint, „so machen es viel Studierende. 100 Prozent Mischfinanzierung, immer zu wenig Zeit und manchmal kurz vorm Burnout.“

So beschreibt die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) die 2,85 Millionen Studierenden in Deutschland: Sie sind durchschnittlich

24,7 Jahre alt, haben 918 Euro im Monat zur Verfügung und studieren Vollzeit, rund 33 Stunden pro Woche und arbeiten 9 Stunden, um ihr Einkommen aufzubessern. Mittlerweile gehen 68 Prozent aller Studierenden einem Nebenjob nach, nur noch 18 Prozent bekommen BAföG, und die Eltern geben heute doppelt so viel Geld dazu, wie noch vor sechs Jahren: im Durchschnitt 501 Euro im Monat. Fazit: Der finanzielle Druck auf junge Menschen im Studium und auf ihre Eltern nimmt zu.

Miete frisst Budget auf

Fast ein Drittel der Studierenden muss mit weniger als 700 Euro im Monat auskommen. Rein rechnerisch geben Studierende bundesweit alleine schon

für ihre Miete 323 Euro aus. Und ein Realitätscheck in Groß- und traditionellen Universitätsstädten zeigt, dass es eher 400 Euro und mehr für ein WG-Zimmer sind. Auch wenn 2016 nach sechs Jahren ohne Aufstockung der BAföG-Höchstbetrag von 670 auf 735 Euro erhöht wurde, haben aufgrund von Preissteigerungen die BAföG-Berechtigten de facto weniger Einkommen als noch vor sieben Jahren.

Je 435 Euro Miete zahlen zum Beispiel Johanna Esperanza, Studentin der Gesellschafts- und Kommunikationswissenschaften, und Elli Aubel, Studentin der Ethnologie und Kunstgeschichte. Die 23-Jährigen teilen sich eine Wohnung in Berlin-Neukölln und arbeiten

beide in einer Bar, zweimal die Woche und nachts. Johanna ist zudem als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni tätig. Sie wie auch Elli haben nun um die 900 bis 1.000 Euro im Monat zur Verfügung. Aber Johanna hatte zwei Jahre lang nur 710 Euro in der Kasse. Auf eine kostspielige Creme für ihre Neurodermitis verzichtete sie genauso wie auf Auslandsreisen oder Essen gehen, neue Kleidung war ebenfalls ein Tabu.

Kein Wunder, dass fast jeder fünfte Studierende bei Eltern oder Verwandten wohnt, um Miet- und Lebenshaltungskosten zu sparen und entspannter studieren zu können. Das Deutsche Studentenwerk fordert, dass über einen Bund-Länder Hochschulpakt mehr preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden muss, auch, dass die BAföG-Bedarfssätze und die Eltern-Freibeträge kräftig erhöht werden, um Studierende zu entlasten.

Ein Leben am Existenzminimum

Und wie sieht die Lage bei den Auszubildenden aus? Stehen die 1,32 Millionen in Deutschland finanziell besser da? Weit gefehlt, kann Kati Schmidt berichten. Die 33-Jährige hat 2016 eine dreijährige, außerbetriebliche Vollzeitausbildung zur Physiotherapeutin an der staatlichen Charité Gesundheitsakademie in Berlin begonnen. Dafür zahlt sie 160 Euro Solidarbeitrag im Monat und das ist im Vergleich zu Ausbildungsgängen an privaten Schulen für Gesundheitsberufe günstig. „Die zahlen um die 350 Euro“, erzählt sie. Sie selbst muss nicht nebenher arbeiten gehen, um sich zu finanzieren, da ihr Lebenspartner sie unterstützt. „Aber die meisten aus meiner Klasse hetzen nach acht Stunden Schule direkt zur Nachtschicht in einer Klinik oder in einen Club. Nacharbeit ist der einzige Job, der sich mit dem Schulalltag von 9 bis 16 Uhr in Einklang bringen lässt“, meint Kati und ist erstaunt, dass man trotz Jobben die anspruchsvolle und lernintensive Ausbildung meistert: Mehr als 200 Knochen, über 100 Gelenke und 600 Muskeln sind zu lernen, um den Abschluss zu schaffen.



BILDUNG SCHÜTZT VOR ARMUT NICHT.

DREI VIERTEL ALLER ARMEN HABEN EIN MITTLERES ODER HOHES BILDUNGSNIVEAU

17,1 Prozent der Armen haben ein hohes und 56 Prozent ein mittleres Bildungsniveau. Bildung stellt also bei dreiviertel aller Armen nicht die Ursache für ihre Armut dar.

Icon made by Freepik from www.flaticon.com / Eigene Bearbeitung

Den Armutsbericht 2018 ab sofort zum Download unter www.paritaet.org

DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

Natürlich gibt es betriebliche Ausbildungen, die ausreichend vergütet werden. Laut Tarif kommen durchschnittlich über alle Branchen und Regionen gerechnet, Auszubildende auf 800 Euro brutto im Monat, so die Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung. Aber es gibt genug, die unter dem Existenzminimum leben. Zum Beispiel Friseurlehrlinge: Sie erhalten im 1. Lehrjahr nur zwischen 269 (Osten) bis 494 Euro (Westen), ebenso wenig erhalten Bäcker oder Floristen. Diese Auszubildenden können sich niemals eine eigene Wohnung, ein Leben ohne finanzielle Unterstützung leisten. So wie dieser junge Mann, der seine Situation auf einem Blog beschreibt:

„Ich mache eine Ausbildung und habe 580 Euro netto im Monat. Leider zahle ich 400 Euro Miete, fahre 40 km hin und her, das Monatsticket kostet 58 Euro, 50 zahle ich für Handy, W-LAN und einen Musikanbieter. Für Essen und Trinken bleiben mir nicht viel, für mehr nichts.“ Der junge Mann könnte versuchen, staatliche Hilfe zu bekommen, wird ihm geraten: Kindergeld, Miethilfe, BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder Wohngeld. Aber für jede dieser Stützen gibt es viele Richtlinien und Auflagen: U.a. gibt es

BAB nur, wenn man deutscher Staatsbürger ist, nicht zu Hause lebt und es sich um die erste Berufsausbildung handelt. Da fallen viele durch das Netz.

Gewerkschaften fordern bessere Entlohnung

Deshalb kämpft die ver.di-Jugend dafür, dass eine Mindestausbildungvergütung (MiAV) gesetzlich verankert wird. Diese soll allen Azubis ein eigenständiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Kurzum: ein Einkommen, von dem man leben kann. Der DGB fordert mindestens 635 Euro im ersten, 696 Euro im zweiten und 768 Euro im dritten Ausbildungsjahr. „Es wird Zeit für mehr Ausbildungsgerechtigkeit“, findet auch Kati. Sie gehört zu den Pechvögeln, die noch bis zum Ausbildungsende Schulgebühr zahlen müssen. Die nächste Generation nicht mehr. Denn seit Oktober 2018 ist das Schulgeld an staatlichen Schulen für Gesundheitsberufe abgeschafft. Auszubildende an privaten Schulen müssen jedoch weiterhin pendeln, zwischen Auswendiglernen von Knochen und Cocktails schütteln am Wochenende.

Verena Mörath



Prof. Dr. Hans-Ullrich Krause



„Armut ist ein gesellschaftliches Phänomen und kein individuelles Problem: Junge Menschen aus der stationären Jugendhilfe geraten nach dem Ende der Jugendhilfe oft in Armutslagen. Die Rechte der Kinder auf voll umfängliche Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen – wie etwa Bildung – sind umzusetzen!“

Wo sehen Sie armutspolitisch aktuell die größte Herausforderung?



Jochen Brühl



„Wir müssen Altersarmut verstärkt in den Fokus rücken. Tafeln sind ein Seismograph der gesellschaftlichen Entwicklungen und wir merken in unseren Ausgabestellen schon jetzt, dass vermehrt ältere Menschen zu uns kommen. Die demographische Entwicklung wird uns vor große Herausforderungen stellen.“



Prof. Christel Bienstein



„In Pflege, Gesundheit und Bildung wird zu wenig investiert. Opfer sind vor allem vulnerable Personen und Gruppen, die in besonderem Maße unseren Schutz brauchen. Es darf nicht länger gelten: Wer arm ist, hat schlechtere Gesundheit und damit schlechtere Chancen im Leben.“



Georg Roth



„Altersarmut ist ein Problem – auch für Lesben und Schwule. Ihre Erwerbsbiografien sind geprägt von der strafrechtlichen Verfolgung in BRD und DDR, von der systematischen Benachteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit und durch die Folgen der Aidskrise.“



Erika Biehn



„Alleinerziehende haben das höchste Armutsrisiko aller Familien. Wir brauchen grundlegende Reformen hin zu einer gleichberechtigten Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit in den Familien, bedarfsdeckende gute Kinderbetreuung, Equal Pay. Damit eine Trennung nicht länger eine Weiche zur Frauenarmut ist.“



Inge Losch-Engler



„Kindertagespflege darf kein Armutsrisiko sein. Heute erwerben viele Kindertagespflegepersonen, auch wenn sie viel arbeiten, im Alter nur Rentenansprüche auf Sozialhilfeniveau. Das muss geändert werden durch eine bessere Vergütung der Betreuungsstunden, durch Bezahlung der mittelbaren Arbeit und größere Wertschätzung.“



Waltraud Deubert



„Psychische Erkrankungen führen häufig in eine Armutsspirale. Die Beziehung zwischen materieller Lage und Gesundheitszustand ist gerade bei psychisch erkrankten Menschen wechselseitig. Hinzu kommt, dass sie überdurchschnittlich vom Verlust sozialer Beziehungen und von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen sind.“



Natalie Tauchert



„Insbesondere für jüngere Menschen stellt eine Behinderung durch faktisch gegebene Benachteiligungen in Bildung und Beruf ein besonderes Armutsrisiko dar. Es würde dem Anliegen von Menschen mit Behinderung jedoch nicht gerecht, die vielfachen Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt sind, vereinfachend als Armut zu bezeichnen.“



Dr. Wolfram Friedersdorff



„Die Zunahme prekärer Beschäftigung und das politisch gewollte Absinken des Rentenniveaus haben zur Konsequenz, dass für immer mehr Menschen in Deutschland die Rente nicht mehr zum Leben reicht. Auch langjährige Vollzeitbeschäftigung schützt nicht mehr automatisch vor Altersarmut.“



Jens Kaffenberger



„Skandalös sind Kinderarmut, Einkommensarmut und Altersarmut in einem reichen Land wie Deutschland. Der Sozialverband VdK fordert die Bundesregierung deshalb auf, Armut in allen Altersgruppen durch vielfältige Maßnahmen zu bekämpfen.“

Baustelle Deutschland. Solidarisch anpacken! Am 10. und 11. April 2019 werden wir beim Armutskongress 2019 sozial- und gesellschaftspolitische Dauerbaustellen aufgreifen, Forderungen und Lösungen diskutieren. Bei dem Kongress werden Stimmen aus Praxis und Wissenschaft, von Betroffenen und Aktivist*innen zu Wort kommen.

Der Armutskongress 2019 wird veranstaltet vom Paritätischen, dem DGB, AWO und der Nationalen Armutskonferenz. Auch in diesem Jahr wird der Kongress wieder unterstützt von zahlreichen weiteren Organisationen. Diese haben wir gebeten, uns möglichst kurz und knapp folgende Frage zu beantworten: „Wo sehen Sie aktuell die größte armutspolitische Herausforderung?“

Alle Informationen und Anmeldeöglichkeiten finden Sie unter www.armutskongress.de



Heinz Hilgers



„Eine der größten Armutsherausforderungen sind die gravierenden Folgen der steigenden Kinderarmut. Arme Kinder haben zum Beispiel im deutschen Bildungssystem keine fairen Chancen! Deshalb wird aus steigender Kinderarmut, steigende Jugendarmut, steigende Familienarmut und steigende Altersarmut.“



Richard Suhre



„Menschen mit einer psychischen Erkrankung – insbesondere bei chronischem Verlauf – sind von Armut bedroht, weil sie oft hohe Fehlzeiten am Arbeitsplatz aufweisen und so das Beschäftigungsverhältnis gefährdet ist, sie Vermittlungshemmnisse aufweisen und sie überdurchschnittlich von EU-Rente betroffen sind.“



Holger Hofmann



„Jedes Kind hat das Recht auf ein gutes Aufwachsen. Kinderarmut darf nicht kleingeredet, sondern sie muss durch konkrete politische Maßnahmen beseitigt werden. Statt eines „Weiter so“ braucht es endlich ein Gesamtkonzept, das mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist und umfangreiche Reformen bündelt“



Dr. med.
Heiko Stempfle



„Epilepsie-Betroffene sind bei der Bildung, Ausbildung, Berufstätigkeit besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Zusätzlich kann die Leistungsfähigkeit durch die Behinderung eingeschränkt sein, was in geringerem Einkommen und dadurch zu unzureichender Einzahlung in die Rentenversicherung führen kann.“



Achim Meyer
auf der Heyde



„Für die rund 2,8 Millionen Studierenden in Deutschland sehe ich das größte Armutsrisiko bei jener Gruppe, die kein BAföG erhält und von ihren Eltern nicht im nötigen Umfang unterstützt werden kann. Diese Studierenden sparen sich buchstäblich die Miete oder andere größere Ausgaben vom Munde ab.“



Team des Kongresses
Armut und Gesundheit



„Armut macht krank! Menschen in Armutslagen haben eine deutlich geringere Lebenserwartung von 8-11 Jahren sowie ein 2- bis 3-fach erhöhtes Risiko für chronische Krankheiten. Diesem Misstand muss – und kann nur – gesamtgesellschaftlich begegnet werden, da die Einflussfaktoren auf Gesundheit vielschichtig sind!“



Günter
Burkhardt



„Deutschland ist reich, aber der Reichtum ist ungerecht verteilt. Flüchtlinge werden als Sündenböcke instrumentalisiert und für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht. Wir brauchen eine auf Gerechtigkeit und Integration abzielende Politik, die Flüchtlinge nicht ausgrenzt und somit nicht in Armut abrutschen lässt.“



Kurt Nikolaus



Wir müssen Altersarmut verstärkt in den Fokus rücken. Tafeln sind ein Seismograph der gesellschaftlichen Entwicklungen und wir merken in unseren Ausgabestellen schon jetzt, dass vermehrt ältere Menschen zu uns kommen. Die demographische Entwicklung wird uns vor große Herausforderungen stellen.



Prof. Dr. Jeanne
Nicklas-Faust



„Das größte Armutsrisiko ist das Zusammenreffen mehrerer Faktoren, wie zum Beispiel Beeinträchtigung und chronische Krankheit mit einem niedrigen sozialen Status oder Behinderung. Aktuell wird das Armutsrisiko durch den Wohnungsmangel und dadurch massiv steigende Mieten erheblich verschärft.“



Adolf Bauer



„Zahlen belegen, dass Armut im Alter wächst. Insbesondere Frauen, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen tragen ein hohes Risiko. Deshalb ist eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Alterssicherung nötig. Es ist höchste Zeit, dass die Politik den Ernst der Lage erkennt.“

ZEIG WAS DU DRAUF HAST!



Wohlfahrtsmarken helfen.



www.wohlfahrtsmarken.paritaet.org

Paritätischer kritisiert Entwurf für Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Neue Hürden und Verschärfungen für geduldete Flüchtlinge

Für geduldete Flüchtlinge bringe das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz erhebliche Verschlechterungen, warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband. Der vorliegende Gesetzentwurf zur Regelung der Fachkräftezuwanderung werde damit den Ankündigungen der Großen Koalition, vorrangig inländische Potentiale heben und die Arbeitsmarktintegration der bereits hier lebenden Geflüchteten stärken zu wollen, in keiner Weise gerecht. Statt bestehende Integrationshindernisse zu beseitigen, sollen neue Arbeitsverbote und Hürden, beispielsweise für die Aufnahme einer Ausbildung eingeführt werden, kritisiert der Verband. Der Paritätische appelliert an die Bundesregierung, den Gesetzentwurf noch einmal grundlegend zu überarbeiten.

„In dem ersten Gesetzentwurf waren so viele neue Hürden und Restriktionen eingebaut, dass die wenigen vorgesehenen Verbesserungen am Ende praktisch für kaum einen Betroffenen greifen würden“, kritisiert Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamt-



verbands. So sei beispielsweise vorgesehen, dass die neue Beschäftigungsduldung nur dann erteilt werde, wenn auch der eigene Ehepartner bereits ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen kann. Und selbst bei vollständiger Sicherung des eigenen Lebensunterhalts werde keine Duldung erteilt, wenn eine Person weniger als 35 Stunden pro Woche sozialversicherungspflichtig arbeite.

Besonders kritisch sieht der Paritätische die geplante Regelung, nach der künftig alle Personen von der Ausbildungs- oder

Beschäftigungsduldung ausgeschlossen sein sollen, bei denen die Identität nicht abschließend geklärt werden konnte, selbst wenn die Betroffenen alles Zumutbare versucht haben. „Eine abschließende Identitätsklärung scheitert häufig daran, dass keine entsprechenden Dokumente aus den Herkunftsländern beschafft werden können, und eben nicht an dem Engagement der Betroffenen. Derlei Fallstricke, die hier gespannt werden, zeigen, wie sehr dieses Gesetz auf neue Ausgrenzung statt auf Integration setzt“, so Rosenbrock.

Im Ergebnis, fürchtet der Paritätische, werden die meisten der derzeit 170.000 Geduldeten in Deutschland aufgrund der zahlreichen Hürden und umfassenden Ausschlussgründe von dem Gesetz nicht profitieren und stattdessen dauerhaft von der Aufenthaltsverfestigung ausgeschlossen bleiben. „Es ist Zeit, den hier lebenden Geduldeten Zugang zu Sprachförderung und Ausbildungsförderung zu eröffnen. Nur so haben sie die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt selbst sicherzustellen“, so Rosenbrock.

UN-Migrationspakt: Paritätischer begrüßt Unterzeichnung

Angesichts der Stimmungsmache und öffentlichen Angriffe von Rechtspopulisten begrüßte der Vorstand des Paritätischen Gesamtverbandes ausdrücklich die Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes. Der Paritätische hatte zuvor vor einer mutwilligen Verzögerung der Ratifizierung des Paktes gewarnt, dem mehrjährige Beratungen der Vereinten Nationen vorangegangen sind.

Die in der Debatte vorgebrachten Vorwürfe, mit dem Pakt würde die nationale Souveränität bei der Gestaltung der Migration aufgegeben, einer Masseneinwanderung würden Tür und Tor geöffnet, die Pressefreiheit werde beschnitten, um migrationskritische Berichterstattung zu unterbinden, ent-

**VIelfalt OHNE
ALTERNATIVE!**

behrten jeder Grundlage, hieß es in der Vorstands-Resolution des Paritätischen. „Es handelt sich hier um übelste Stimmungsmache mit Falschinformationen“, so Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes.

Die grundsätzlich positive Sicht auf Migration, die der Pakt „in politisch rauen Zeiten“ transportiere, wird vom Paritätischen Wohlfahrtsverband entschieden unterstützt. Der Pakt stelle einen „Meilenstein in der internationalen Migrati-

onspolitik dar, da sich erstmals unter Führung der UN die überwiegende Mehrzahl der UN-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Vision von sicherer, geregelter und legaler Migration einigten“, so die Positionierung.

„Wir erwarten von der Politik eine sachliche Debatte und keine rechtspopulistische Stimmungsmache. Das Infragestellen des UN-Migrationspaktes war Wasser auf die Mühlen von AfD und anderen Rechten“, so Rolf Rosenbrock.

Hartz IV: Paritätischer begrüßt Überlegungen von Andrea Nahles und Hubertus Heil

Ausdrücklich unterstützt der Paritätische Wohlfahrtsverband die Überlegungen von SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender Andrea Nahles und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zur Überwindung von Hartz IV. Die grundsätzlichen Aussagen gingen in die richtige Richtung. Die Grundsicherung müsse vom Hilfebeziehenden aus gedacht werden und dürfe sich nicht in erster Linie vom Gedanken leiten lassen, wie sich Missbrauch verhindern lässt.

„Insbesondere die kritischen Äußerungen zu den Strafen in Hartz IV zeigt, dass nun auch in der Spitze der SPD Bewegung hinsichtlich der Abschaffung von Sanktionen gekommen ist“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Wir brauchen ein Grundsicherungssystem, das angstfrei funktioniert, Teilhabe ermöglicht und auf Sanktionierung und Drangsalierung vollständig verzichtet.“ Auch die Forderung nach einer Kindergrundsicherung, die Kinder auf jeden Fall vor Hartz IV bewahrt, begrüßt der Paritätische mit Nachdruck. Der Verband macht jedoch darauf aufmerksam, dass sich alle Überlegungen letztlich daran messen lassen müssen, ob die Grundsicherungsleistungen wirklich existenzsichernd sind und Teilhabe ermöglichen, was derzeit nicht der Fall sei.

Jugendfreiwilligenjahr: Paritätischer Wohlfahrtsverband begrüßt Pläne der Bundesfamilienministerin

Die Vorschläge von Bundesfamilienministerin Giffey zur Stärkung und Weiterentwicklung der Jugendfreiwilligendienste auf Basis der bewährten Formate begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband. Es sei ein richtiges und wichtiges Zeichen, das Engagement junger Menschen für diese Gesellschaft durch attraktive Rahmenbedingungen besser als bisher zu honorieren. Der Verband, unter dessen Dach derzeit rund 13.000 junge Menschen einen Freiwilligendienst absolvieren, hatte sich zuletzt im Rahmen der Debatte um ein Pflichtjahr für eine bessere Ausgestaltung der existierenden Freiwilligendienste ausgesprochen. Mit ihrem Konzept für ein Jugendfreiwilligenjahr habe die Ministerin nun zentrale Forderungen des Paritätischen u.a. nach einer Verbesserung beim Taschengeld und mehr Flexibilität aufgegriffen.

„Es ist wertvoll, wenn junge Menschen gerade in der Phase nach Schulabschluss und vor Einstieg in Berufsausbildung oder Studium Erfahrungen in sozialen Einrichtungen sammeln. Jede und jeder, die oder der einen solchen Dienst absolvieren will, sollte auch die Möglichkeit dazu haben. Wenn die Pläne der Familienministerin umgesetzt werden, profitieren die jungen Menschen und unsere Gesellschaft gleichermaßen. Das ist wirklich ein großer Schritt für Engagement und Zivilgesellschaft“, lobt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Bisher scheitere laut Paritätischem die Inanspruchnahme eines Freiwilligendienstes unter anderem an der mangelnden Bekanntheit der Dienste, den Rahmenbedingungen aber auch an finanziellen Hürden. „Solange das Taschengeld zusammen mit dem Kindergeld nicht existenzsichernd ist und die Freiwilligen ohne kostenlosen Zugang zum ÖPNV nicht selten sogar draufzahlen müssen, um überhaupt zur Einsatzstelle zu gelangen, ist ein solcher Dienst nicht für jeden realisierbar. Hier setzt die Ministerin an den richtigen Stellschrauben an“, so Schneider. Besonders zu begrüßen seien unter anderem auch die Pläne, mehr Flexibilität zu ermöglichen beispielsweise durch Möglichkeiten eines Teilzeiteinsatzes sowie insbesondere Menschen mit Behinderungen besser zu unterstützen.



www.paritaet.org

DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND

Wohnungen für besonders hilfebedürftige Menschen endlich besser geschützt

Am 14.12.2018 hat der Bundesrat eine Gesetzesänderung bestätigt, die Menschen im Betreuten Wohnen künftig mehr Schutz und Sicherheit vor Wohnungskündigung bietet.

Demnach unterliegen Wohnungen, die soziale Träger für die Betreuung besonders hilfebedürftiger Menschen anmieten, künftig dem Wohnraummietrecht. Damit gelten für Menschen, die

in diesen sogenannten Trägerwohnungen betreut werden, die gleichen sozialen Schutzbestimmungen wie für andere Mieter.

Bisher galt für Trägerwohnungen und für die darin betreuten Menschen das Gewerbemietrecht. Besonders in der letzten Zeit waren Trägerwohnungen auf dieser Grundlage kurzfristig gekündigt worden. Neue Wohnungen für

die Betreuung von Menschen konnten kaum noch gefunden werden. Der Paritätische Gesamtverband und der Paritätische Berlin hatten sich seit langer Zeit für eine entsprechende Reform eingesetzt. „Das ist wirklich ein großer lobbyistischer Erfolg. Unsere Träger haben nun bedeutend mehr Schutz und Sicherheit für ihre Arbeit“, so Ulrich Schneider.

Mit Solidarität und Parität für Sicherheit im Alter

Ein Gespräch mit Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband

Rentenpolitik ist und bleibt ein umstrittenes Thema. Muss man sich um die Rente sorgen?

Nein. Obwohl der Beitragssatz zur Rentenversicherung mit 18,6 Prozent so niedrig wie zuletzt 1995 ist, wird sie das Jahr 2018 voraussichtlich mit einem Überschuss von 4 Milliarden Euro und einer Nachhaltigkeitsrücklage von 38 Milliarden Euro abschließen. Sichere Renten sind auch künftig finanzierbar.

Häufig wird argumentiert, die Renten müssten wegen des demographischen Wandels sinken...

...und damit wird die Bedeutung der Demographie völlig überschätzt. Ein Beispiel: 1962 standen einem Rentner 6 Beitragszahler gegenüber, waren es nur noch 2,1 Beitragszahler. Trotzdem konnten die Renten in der Zeit von 135 auf 1.024 Euro erhöht, die Leistungen der Rentenversicherung ausgeweitet, die Arbeitszeiten gesenkt und das Rentensystem auf Ostdeutschland ausgedehnt werden. Die Produktivität und die Verteilung des Wohlstandes sind entscheidende Faktoren dafür, das Alterssicherungssystem auch künftig leistungsfähig zu gestalten.

Wäre eine schrittweise Ablösung der gesetzlichen Rente durch private Vorsorge nicht sinnvoller?

Im Gegenteil, wir müssen die gesetzliche Rente stärken. Wer zusätzlich vorsorgen will, der kann und soll dies tun. Die Rente dabei aber das leistungsfähigere System, denn private Versicherungen haben deutlich höhere Verwaltungskosten, sind intransparent, vom Kapitalmarkt abhängig und lassen wenig Wettbewerb zu, zudem sind die Beiträge gerade für Menschen mit Beeinträchtigung oft kaum zu tragen. Die Rentenversicherung leistet dagegen deutlich mehr und sichert auch das Risiko der Erwerbsminderungsrente ab, sie bietet zusätzliche Leistungen, etwa zur Rehabilitation, und bringt immer noch etwa drei Prozent Rendite auf die eingezahlten Beiträge. Am Kapitalmarkt ist

das schon lange nicht mehr zu erzielen. Gerade einkommensstarke Menschen investieren deshalb heute freiwillig zusätzlich in die Rentenversicherung.

Es wird häufig über das Rentenniveau gestritten. Was ist das eigentlich?

Das Rentenniveau beschreibt, wie sich die Rente eines sogenannten Standardrentners zum Durchschnittsverdienst der Rentenversicherten verhält. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass als Standardrentner bezeichnet wird, wer 45 Jahre lang Beiträge von einem Durchschnittseinkommen geleistet hat. Der Standardrentner ist damit eher ein Idealrentner. 2016 lag das Durchschnittseinkommen bei etwa 2.500 Euro, die Standardrente bei etwa 1.200 Euro, das entspricht einem Rentenniveau von 48 Prozent. Tatsächlich liegen die Durchschnittsrenten deutlich niedriger, 2017 bei 794 Euro im Osten und 766 Euro im Westen. Deshalb setzt sich der Paritätische für höhere Renten ein.

Der Paritätische fordert die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Ist das finanzierbar?

Das ist nicht nur finanzierbar, sondern auch gerechter als die paritätische finanzierte Rente zu verringern und die Alterssicherung weiter zu privatisieren. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat berechnet, dass die Beiträge 2045 bei insgesamt 29,4 Prozent liegen müssten, die Versicherten also 14,7 Prozent Beitrag zahlen würden. Würde man dagegen ein weiteres Absinken der Rentenbeiträge in Kauf nehmen, läge das Rentenniveau dann nur noch bei 41,7 Prozent, bei einem Beitragssatz von 23,6 Prozent. Der Versicherte müsste davon 11,8 Prozent zahlen und zusätzlich mindestens weitere vier Prozent in private Vorsorge investieren. Das wäre deutlich teurer. Der Paritätische hat aber zahlreiche Vorschläge gemacht, wie wir die Beitragsbelastung gerechter finanzieren können.

Was sind die drängendsten Herausforderungen für die Alterssicherungspolitik?

Wir müssen die wachsende Altersarmut entschieden bekämpfen. Dazu gehören eine Anhebung der Grundsicherung im Alter und die Stärkung der Rentenversicherung. Die Solidarität in der Rente muss gestärkt werden. Männer mit den geringsten Einkommen leben durchschnittlich sieben Jahre kürzer als solche mit den höchsten Einkommen. Es wäre deshalb nur fair, wenn die Ansprüche von Menschen mit niedrigen Einkommen verbessert werden. Die ungerechten Abschläge für Erwerbsminderungsrentner müssen gestrichen werden, und die Leistungsverbesserungen für künftig Erwerbsgeminderte auch auf diejenigen ausgedehnt werden, die jetzt schon erwerbsgemindert sind. Und wir müssen verhindern, dass das Renteneintrittsalter noch weiter angehoben wird. Gerade Menschen in fordernden Tätigkeiten, wie in der Pflege, schaffen es schon heute häufig nicht, bis zum Renteneintrittsalter zu arbeiten. Eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters wäre für sie faktisch nichts anderes als eine Rentenkürzung. Dagegen kämpfen wir, gemeinsam etwa mit starken Partnern wie dem Sozialverband VdK, der Volkssolidarität und dem Deutschen Gewerkschaftsbund im „Netzwerk für eine gerechte Rente“.

Weitere Informationen auf Seite 26



Ein gutes Werkzeug für den Paritätischen Alltag

Das Buch „Rechtspopulisten im Parlament“ liefert theoretische Hilfe im Umgang mit der AfD

Die vergangene Bundestagswahl lieferte eine Zäsur. Erstmals ist mit der „Alternative für Deutschland“ eine Partei rechts von der Union als größte Oppositionsfraktion im Bundestag vertreten. Inzwischen ist die AfD auch in allen 16 Landtagen präsent. Das spüren Parität*innen und ihre Mitgliedsorganisationen unmittelbar. Gerade die Organisationen, die in den Bereichen arbeiten, die im Fokus der Partei stehen (neben Geflüchtetenhilfe auch queere und frauenpolitische Vereine und Initiativen) spüren einen zusätzlichen Legitimationsdruck für ihre Arbeit. Über öffentliche Kampagnen oder tendenziöse parlamentarische Initiativen sollen sie als „linksextrem“ und/oder überflüssig erklärt werden. Deswegen finden sich viele aktuell in der ungewohnten Position wieder, sich für ihre Arbeit öffentlich rechtfertigen zu müssen und Gegenstrategien zu entwickeln.

Der im Spätsommer erschienene Band „Rechtspopulisten im Parlament“ der drei Politikwissenschaftler*innen Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel kann dabei eine wichtige Grundlage geben. Er liefert umfassend wichtige Hintergrundinformationen über „Phänomen“ AfD, das nicht vom Himmel gefallen ist und sich einreicht in eine lange Vorgeschichte rechtspopulistischer Entwicklungen in Europa. Nach einer Klärung des nicht unstrittigen Begriffs des „Rechtspopulismus“, einer Entstehung und seinen Ausprägung arbeiten die Autor*innen überzeugend die ökonomischen Grundlagen für die aktuelle Renaissance rechter Parteien und Strömungen in Europa heraus, die sich nicht ausschließlich auf den verstärkten Zuzug Geflüchteter ab etwa 2015 zurückführen lässt. Die Entwicklungen gehen deutlich weiter zurück und lassen sich im Neoliberalismus der Achtziger Jahre verorten. Nicht umsonst sind die „neuen“ Rechten Parteien ökonomisch in dieser ideologischen Schule verhaftet, der spätestens ab den 2000ern mit den Agenda-Re-

formen von SPD und Grünen seinen Höhepunkt fand.

Anschließend wird die Geschichte und Entwicklung rechtspopulistischer Parteien, die (anders als die NPD sowie die DVU) nicht mehr in der Tradition des Nationalsozialismus stehen und als Vorläufer der heutigen Alternative für Deutschland gesehen werden können. Neben ausländischen Parteien wie der österreichischen FPÖ oder der niederländischen PVV um Geert Wilders waren dies in Deutschland vor allem die REPublikaner, die in den Neunzigern große Erfolge feiern konnten sowie die nach ihrem Gründer genannte Schill-Partei, die um die Jahrtausendwende fast 20 Prozent der Stimmen in der Hansestadt Hamburg auf sich vereinen konnte. Die Kenntnis dieser Entwicklungen hilft ebenfalls, die heutige AfD zu verstehen.

Ab Seite 45 fokussiert „Rechtspopulisten im Parlament“ dann komplett auf die AfD, zunächst auf ihre Erfolge bei den Wahlen und ihrer Arbeit und Wirkung im Parlament, immer anhand praxisnaher, nachvollziehbarer Beispiele und Aussagen belegt.

Dem parlamentarischen Wirken, unterteilt nach Sachgebieten, wird dann noch einmal ein eigenes und gleichzeitig längste Kapitel gewidmet. Es macht gut die Hälfte des Buches aus. Wenig verwunderlich, dass das Thema Flucht und Migration mit dem damit verbundenen Rassismus der Partei am umfassendsten analysiert wird. Aber auch andere Konfliktzonen werden umfassend analysiert und auf Widersprüche hin untersucht. So wird beispielsweise herausgearbeitet, wie sich die AfD gleichzeitig als Partei der „kleinen Leute“ darstellt und dennoch ein Wahlprogramm für Reiche hat, wie sie mit einer lesbischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden dennoch gegen die Ehe für Alle polemisiert oder sich mit zahlreichen Antisemiten in den eigenen Reihen trotzdem als Freund Israels darstellen kann. Für Parität*innen und Mitgliedsorganisationen ist hier das Kapitel „Feindmarkierungen“ (Seite

94) sehr aufschlussreich, ebenso wie viele Punkte, die sich nicht gleich erschließen, so zum Beispiel das feindliche Verhältnis der AfD zu Frauenhäusern, welches sich erst auf den zweiten Blick erklärt, da Frauenhäuser in einer feministischen Tradition stehen, die der Partei nicht geheuer ist.

Recht knapp geraten hingegen sind die Kapitel zur Social Media-Arbeit der Partei sowie ihrer Verbindung zum Rechtsextremismus. Allerdings bietet gerade die Arbeit der Partei in den Sozialen Netzwerken Material für eine eigene Forschungsarbeit, so dass die relativ kurze Abhandlung dieses Themas verständlich ist.

„Rechtspopulisten im Parlament“ ist die derzeit umfassendste kritische Analyse zur Arbeit der AfD und ist vor allem auch für Nicht-Wissenschaftler*innen eine lohnende Lektüre.

Philipp Meinert

Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges / Gert Wiegel (2018):
Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD
Westend Verlag, 255 Seiten, 20 Euro
ISBN 978-3-86489-221-9
www.westendverlag.de



Rassismus und die Gesellschaft der Ungleichenden

Ein Kommentar

Über Rassismus zu sprechen ist nicht einfach, vor allem, wenn man rassistische Diskriminierung am eigenen Leib erfahren musste, oder wenn man rein äußerlich von anderen als potentiell Opfer rassistischer Diskriminierung gesehen wird. In der Regel gibt es zwei unterschiedliche Reaktionen von Personen aus der sogenannten „Mehrheitsgesellschaft“: entweder wird man als hypersensibel abgestempelt („sei nicht so sensibel, immer diese Opferrolle“) oder man wird von oben bemitleidet und maternalistisch behandelt. Trotzdem möchte ich, als sogenannte Person mit Migrationshintergrund in Deutschland, hier über Rassismus sprechen, über ungleiche Verteilung von Ressourcen und über Mechanismen, die diese Ungleichheit zementieren und darüber, dass Rassismus Teil der Gesellschaft, der Sprache und sogar der Gesetzgebung in Deutschland ist. Das Risiko, dass der ein oder andere Mensch genervt sein mag oder Mitleid fühlt, nehme ich gerne in Kauf. Meine Hoffnung ist, dass alle die diese Zeilen lesen sich bewusster mit den Erscheinungsformen des Rassismus auseinandersetzen und bestimmte Strukturen häufiger hinterfragen.

Manchmal bin ich am Ende meiner Geduld und Kraft und überlege zurück in meine alte Heimat, nach Bogotá, zu gehen, die Ausländerbehörde, die Sprachtests, Polizeikontrollen, „Drogenbaron“-Witze, Einbürgerungstests, Beschimpfungen und Beleidigungen von Fremden auf der Straße, die Menschen, die glauben zu wissen wie ich bin, nur weil sie meine Hautfarbe und mein Akzent wahrnehmen, hinter mir zu lassen. Doch dann begegne ich wieder Menschen, die sich aus den Strukturen des Rassismus gelöst haben, Menschen, die sich trotz widriger Umstände für die Verbesserung der Lebensqualität von zugewanderten Menschen und ihren Kindern engagieren, sich organisieren, Projekte durchführen,

sich gegen Rassismus auf der Straße stellen und alle Menschen wie Menschen behandeln, ohne einen Unterschied zu machen, diese Personen geben mir die Zuversicht, dass rassistisch sein keine essentielle Eigenschaft des Menschseins ist, sondern, dass er überwunden werden kann.

Was ist eigentlich charakteristisch für Rassismus? Erstens: Rassistisch diskriminierte Menschen werden homogenisiert, „sie sind alle gleich“. Zweitens: die betroffene Gruppe wird essenzialisiert, „das ist ihre Natur, sie können nicht anders“. Drittens: sie werden dichotomisiert, „sie sind anders als wir, sie sind Fremde“. Viertens: die vermeintlich eigenen Werte und Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft, religiöse Praktiken, Sprache und sogar das Erscheinungsbild werden als besser, höherwertiger, erhaltungswerter als die von den vermeintlich fremden Menschen angesehen.

Das Schmerzhafte an Rassismus ist, dass Strukturen geschaffen werden, die weiter Rassismus produzieren und ihn verewigen. Diese Strukturen sind subtiler und bleiben meistens verborgen in Gesetzen, Verordnungen und institutionellen Praktiken. Diese Strukturen haben aber sehr wohl Auswirkungen auf die Gestaltung des Lebens vieler Menschen. Sie bestehen auf einer Zweiteilung; für ein Teil der Gesellschaft, die vermeintlichen „Volksangehörigen“ gilt der Gleichheitsgrundsatz, zumindest gesetzlich, für einen zweiten Teil, die vermeintlich „Fremden“ gilt der Grundsatz nicht dieselben Rechte zu haben. Das alles stützt sich auf rassistische Vorurteile. Ein Beispiel: entweder werden die „Fremden“ Arbeitsplätze erbeuten, sie den „Volksangehörigen“ strittig machen oder sie werden nicht arbeiten und vom Sozialstaat leben, was lächerlich paradox ist, aber als Begründung für viele Maßnahmen der Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik gilt.

Am Arbeitsmarkt ist Rassismus in vielfältiger Weise vorhanden. Bewerber*innen mit „fremdklingenden“ Namen begegnen der ersten Hürde bereits bei der Einladung zum Vorstellungsgespräch, verschiedene Studien haben gezeigt, dass Arbeitgeber*innen öfter Bewerber*innen mit deutsch klingenden Namen zum Vorstellungsgespräch einladen.

Diese Menschen sind sehr oft leichte Beute für gierige Arbeitgeber*innen, die sie ausbeuten. In der Öffentlichkeit wird aber ein Stopp der Einwanderung von niedrigqualifizierten Menschen gefordert, da sie angeblich „die Löhne nach unten drücken“, und nicht stärkere Kontrollen bei den Firmen, die diese rechtlich geschwächte Arbeitnehmer*innen ausnutzen und auch nicht eine effektiver Schutz aller Menschen vor Ausbeutung. Menschen mit Migrationshintergrund sind häufiger arbeitslos und verfügen seltener über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie sind auch häufiger von Armut bedroht als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte, das hat der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes schon seit Jahren beklagt.

Die gute Nachricht ist, dass die aktuell schwierige Situation verbessert werden kann, es liegt an uns unsere Haltung zu ändern, uns für Menschenrechte einzusetzen und Tag für Tag das eigene Handeln zu reflektieren. Es gibt verschiedene Stellen und Organisationen, auch innerhalb des Paritätischen Gesamtverbandes, an die sich jede Person und jede Organisation wenden kann, um Beratung in der Bekämpfung von Rassismus zu bekommen. Zahlreiche Organisationen engagieren sich für Gleichberechtigung, wir sind viele, aber wir müssen mehr werden. Die Rassist*innen sind zurzeit sehr laut, wir können sie aber gemeinsam in die Bedeutungslosigkeit drängen.

Sergio Andrés Cortés Núñez ist Referent für Migrationssozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband.

Vermischtes und Verschiedenes

Ulrich Schneider ist neuer Sprecher beim Bündnis Kindergrundsicherung



Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes übernimmt ab Januar 2019 den Sprecherposten des Bündnis Kindergrundsicherung turnusmäßig von Christiane Reckmann.

Seit 2009 fordert das Bündnis Kindergrundsicherung eine Reform der monetären Kinder- und Familienförderung. Die Zahl armer oder von Armut bedrohter Kinder nimmt in Deutschland seit Jahren zu. Aktuell gelten 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche als arm – dies ist jedes 5. Kind

Das Bündnis setzt sich besonders für die Sicherung des Existenzminimums für alle Kinder durch die Kindergrundsicherung ein, welches sozial gerecht ausgestaltet sein und unbürokratisch ausgezahlt werden soll. Ein entsprechendes Konzept wird seitdem mit Wissenschaft, Politik und Gesellschaft diskutiert und ständig weiterentwickelt. Dem Bündnis Kindergrundsicherung gehören vierzehn Verbände und dreizehn Wissenschaftler*innen an.

Weitere Informationen unter
www.kinderarmut-hat-folgen.de

Netzwerk Gerechte Rente fordert Sofortprogramm gegen Altersarmut

Das Netzwerk Gerechte Rente fordert anlässlich des Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands mit einem 6-Punkte-Plan als Sofortprogramm gegen Altersarmut die Große Koalition zum Handeln auf.

Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, betonte: „Fast ein Viertel der Gesamtheit der erwachsenen Armen sind Rentenrinnen und Rentner – diese Zahl des Armutsberichts ist ein Grund zur Scham angesichts des Wohlstands in Deutschland. Es ist jetzt Zeit für einen Kurswechsel, sonst wird sich die Zahl derjenigen, die im Alter von der Grundsicherung leben müssen und unter Armut leiden, weiter deutlich erhöhen.“

Würde der Gesetzgeber dieses Sofortprogramm konsequent umsetzen, ergäbe sich nach langer Beitragszeit grundsätzlich eine Rente, die wenigstens die Höhe der Grundsicherung erreicht. Das sind wir nicht nur der jetzigen Generation an Rentenrinnen und Rentnern schuldig, sondern auch denjenigen, die 2030, 2040 oder 2050 in Rente gehen.“

Zum Netzwerk Gerechte Rente gehören neben dem Paritätischen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) der Sozialverband VdK, der SoVD und die Volkssolidarität. Gegründet auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) vertritt das Netzwerk die Interessen von Millionen von Menschen und setzt sich für eine Rente ein, die für ein gutes Leben im Alter reicht – sowohl für die heutigen, als auch die zukünftigen Generationen von Rentner*innen, für Jung und Alt.

Weitere Informationen unter
www.rente-muss-reichen.de

Neue Förderstruktur bei der Aktion Mensch ab 2019

Am 1. Januar 2019 startet die Förderung der Aktion Mensch mit besseren Konditionen und einer neuen Struktur in das neue Jahr. Das Ziel: Gemeinsam noch mehr zum Thema Inklusion bewegen – mit vielen neuen Projektideen und einer attraktiven Förderung!

Damit sich Antragsteller besser orientieren können, werden die vielen Förderangebote der Aktion Mensch künftig in fünf Handlungsfelder aufgeteilt. Sie repräsentieren unterschiedliche Lebensbereiche:

- Arbeit
- Wohnen
- Barrierefreiheit und Mobilität
- Freizeit
- Bildung und Persönlichkeitsstärkung

Diese Einteilung hilft dabei, die eigene Projektidee thematisch leichter zuzuordnen und schneller ein passendes Förderprogramm zu finden. Entstanden sind die Neuerungen in der Förderung in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Aktion Mensch, den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege sowie dem ZDF, sowie weiteren Verbänden der Behindertenhilfe und -selbsthilfe.

Hinter jedem Handlungsfeld verbergen sich bis zu vier Förderprogramme. Bei der Suche nach einem individuellen Angebot hilft künftig auch ein verbessertes Online-Instrument auf der Website der Aktion Mensch: Der neue Förderfinder.

Zusätzlich zur neuen Struktur hat die Aktion Mensch die Richtlinien und Förderkonditionen verbessert und vereinfacht: Künftig profitieren Antragsteller von höheren Fördersummen und Zuschüssen. Gleichzeitig sind weniger Eigenmittel nötig als bisher. So gibt es 2019 bei Projekten einen 90-Prozent-Zuschuss und der Eigenanteil liegt nur noch bei zehn Prozent (vorher: 70-Prozent-Zuschuss, 30 Prozent Eigenanteil)

Weitere Informationen unter
www.aktion-mensch.de/foerderung

Rückblick: Rosenbrock unterwegs...



17.-18. Oktober 2018, Fachtagung des Paritätischen Bildungswerkes in Berlin: Warum sich für die Rechte anderer einsetzen? Josef Schädle (rechts im Bild), Vorsitzender des Paritätischen Bildungswerkes, leitete das Thema ethisch ein. Rolf Rosenbrock hielt eine Keynote und berichtete über die Menschenrechtskampagne des Paritätischen unter besonderer Bezugnahme in den Auseinandersetzungen gegen Rechts: „Wohlfahrtspflege ist immer auch Arbeit für Menschenrechte. Unsere Werte der Chancengerechtigkeit und des gleichen Respekts vor jedem Menschen sind unvereinbar mit aller Ideologie der Ungleichwürdigkeit“, so Rosenbrock.

7. November 2018, Tag der Krebs-Selbsthilfe in Berlin bei der Deutschen Krebshilfe und der Deutschen Krebsgesellschaft: Schwerpunktthema war „Krebs und Armut“. Rolf Rosenbrock stellte auf dem Podium klar: „Krebs darf nicht arm machen und Armut darf nicht zu Krebs führen! Das ist die soziale und die präventionspolitische Agenda. An beidem arbeitet das Forum chronisch kranker und behinderter Menschen im Paritätischen mit gebündelter Kraft.“



9. November 2018: Horst Wehner, ehem. Vorsitzender des Paritätischen Sachsen, und Martin Sträßler, sein Stellvertreter, wurden vom Paritätischen Gesamtverband mit der Goldenen Ehrenmedaille ausgezeichnet. Rosenbrock hielt eine Grundsatzrede zu Menschenrechten und erinnerte auch an die Reichspogromnacht vor 80 Jahren.



Am 28. November 2018 diskutierte Rolf Rosenbrock mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und den Preisträgerinnen und Preisträgern des Deutschen Sozialpreises über die Relevanz sozialer Themen in den Medien.

28. November 2018: Alle Jahre wieder! Rolf Rosenbrock präsentierte für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die Wohlfahrtsmarken: Die Erlöse gehen ohne Abzug direkt in die Unterstützung benachteiligter und ausgegrenzter Menschen.



Bestellbar ist die aktuelle Edition über den Wohlfahrtsmarkenshop auf der Paritätischen Internetseite:

www.wohlfahrtsmarken.paritaet.org

Neues Projekt zur digitalen Kommunikation: #gleichimNetz. Chancen der Digitalisierung nutzen, Engagement stärken

Bisher sind Präsenz, Aktivität und Reichweite sozialer Organisationen in den sozialen Medien insgesamt noch relativ gering – mit Ausnahme einiger Pioniere, beispielsweise viele spendensammelnde Organisationen. Dies hat u.a. spürbare Auswirkungen auf die Entwicklung thematischer Debatten. Soziale Werte wie die, für die der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen stehen, finden teilweise nur unzureichend Berücksichtigung in der virtuellen Kommunikationssarena. Gerade benachteiligte Gruppen, die ohnehin zu wenig Gehör in Politik und Öffentlichkeit finden, drohen durch Tempo und Dynamik der digitalen Kommunikation dauerhaft abgehängt zu werden. Hier setzt ein neues Projekt des Paritätischen Gesamtverbands zur Unterstützung seiner Mitgliedsorganisationen an.

Digitale Kluft in der Paritätischen Praxis

Innerhalb der Paritätischen Mitgliedschaft zeigt sich deutlich, dass es eine immer größer werdende Kluft gibt zwischen den Akteuren, die digital „ganz vorne“ mit dabei sind und denen, die bisher kaum oder gar nicht offensiv digital kommunizieren. Die Gründe, die in der Praxis einer offensiven Nutzung digitaler Kommunikation und der sozialen Medien entgegenstehen, sind dabei sehr unterschiedlich: mangelnde Ausstattung, zeitliche Ressourcen, technische Hürden, Informationsdefizite, aber auch Unsicherheiten. Manchmal ist es schlicht dem zufälligen Umstand verdankt, dass ein ehrenamtliches Vorstandsmitglied sich mit besonderem Engagement der Pflege eines Facebook-Profiles oder eines Twitter-Accounts widmet.

Private vs. dienstliche Realität

Im Privaten kommunizieren wir dabei alle schon lange digital. Wir nutzen soziale Medien, sobald es sich ergibt oder anbietet. Weil uns ein alter Schulfreund via Whatsapp zum Klassentreffen einlädt, die Kollegin auf ihrem Blog immer so tolle Kochrezepte veröffentlicht oder

die neue Urlaubsbekanntschaft Reisefotos in einem Facebook- oder Flickr-Album für uns zugänglich macht. Weil wir bei Youtube das Konzert unserer Lieblingsband sehen können, für das wir im analogen Leben kein Ticket mehr ergattern konnten oder uns ein solches auch nie hätten leisten können. Mütter folgen Töchtern auf Instagram, die Impressionen ihrer Weltreisen posten. Opas skypen mit Enkeln, weil es eine Möglichkeit ist, trotz großer Entfernung so wunderbar in Kontakt zu bleiben. Und wer ein Problem hat, gibt eine Frage bei Google oder einer anderen Online-Suchmaschine ein und bekommt ein konkretes Lösungs- oder Konsumangebot – nicht unbedingt das beste von allen möglichen Angeboten, aber ein Angebot, das sich online zu präsentieren und auch die Suchmaschinenoptimierung für sich zu nutzen weiß.

Direkter Draht: Haltungen sichtbar und mehrheitsfähig machen



„Für mich geht es nicht mehr um die Frage, ob wir die Sozialen Medien nutzen, sondern vielmehr darum, mit welcher Strategie wir da auch in Zukunft erfolgreich sind. Über Twitter und Facebook haben wir einen direkten Kontakt in die Politik, zu Akteuren der Zivilgesellschaft und auch zu unseren Mitgliedern. Diesen direkten Draht nutzen wir für unsere Paritätischen Anliegen: Liken, teilen, retweeten sind für uns Instrumente, mit denen wir unsere Meinungen und Haltungen sichtbar und mehrheitsfähig machen. Das Schöne ist: Im Landesverband Berlin gibt es eine große Offenheit und viel Unterstützung für die Umsetzung dieser Strategie. Und ich als Geschäftsführerin bin natürlich selbst fleißig auf Facebook und Twitter unterwegs...“

Dr. Gabriele Schlimper
Geschäftsführerin
Der Paritätische Berlin

Konkrete Hürden

Da, wo im Privaten mit Freude und Neugier ausprobiert und experimentiert wird, herrscht vielerorts Zurückhaltung und Skepsis, wenn es um die hauptamtliche, „offizielle“ Nutzung sozialer Medien geht. Fragen des Datenschutzes, der Corporate Identity und des Images treten auf. Erwartungshaltungen und Spielräume wollen im Team ausgelotet werden. Natürlich sind die Ansprüche an den professionellen Auftritt im Internet als Organisation andere als die an ein Privatprofil. Hier bedarf es im Zweifel der Abstimmung innerhalb eines Organisationsverbundes, Zeit und Aufwand für die Entwicklung eines ersten Konzepts, die Erstellung neuer Bilder, dem Formulieren pointierter Texte. Die richtigen Logos müssen im richtigen Format vorliegen. Und in vielen Fällen wird an der einen oder anderen Stelle auch professionelle Unterstützung erforderlich sein – durch diejenigen Haupt- oder Ehrenamtlichen im Team, die sich auskennen oder gelegentlich auch externe Dienstleister.

Mehr Mut zum Ausprobieren

Die Praxis zeigt jedoch: Auch Organisationen dürfen und müssen experimentieren. Und gerade in den sozialen Medien gehört das Ausprobieren, Testen, Verwerfen, Andersmachen zum Alltag selbst der größten Social-Media-Redaktionen. Mit dem Projekt #gleichimnetz will der Paritätische Mut und Lust darauf machen, soziale Medien für die Arbeit der eigenen Organisation zu nutzen. Menschen, die sich in sozialen Organisationen engagieren, sollen motiviert und durch konkrete Tools, Handreichungen und Beratung unterstützt werden, sich selbstbestimmt in den sozialen Medien zu vernetzen. Mehr soziale Organisationen sollen durch eigene Präsenz in Internet und den sozialen Medien auch virtuell für an einem Engagement interessierte Menschen und potenzielle Kooperationspartner ansprechbar sein, die individuellen Hürden für eine Teilhabe in den sozialen

Medien sollen abgebaut, Best Practice Beispiele sichtbar gemacht werden.

Unter anderem werden wir für Mitgliedsorganisationen ein Angebot schaffen, sich und ihre Arbeit im Internet attraktiv zu präsentieren und bei Bedarf auch aufwandsarm ein eigenes Social-Media-Profil zu erstellen. Durch verbandsübergreifende Aktionen, an denen sich hoffentlich viele Menschen beteiligen werden, wollen wir 2019 zudem in den sozialen Medien mehr Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit für unsere gemeinsamen sozialen Anliegen schaffen. Geplant sind darüber hinaus Qualifizierungs- und Vernetzungsveranstaltungen für Multiplikator*innen und die Entwicklung diverser Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Nutzung sozialer Medien (z.B. Handreichungen, Aktionsmaterialien, Video-Tutorials) sowie weiterer onlinebasierter Informations-, Arbeits- und Kollaborationswerkzeuge.

Gwendolyn Stilling

Projekt #gleichimNetz
Kontakt: digikom@paritaet.org

Chancen überwiegen: Wer, wenn nicht wir?



„Digitalisierung ‚passiert‘ nicht einfach weder im Guten noch im Schlechten. Wir sind aufgerufen, selbst aktiv zu gestalten und zu steuern. Dabei, davon bin ich überzeugt, überwiegen die Chancen, die sich für gemeinnützige Organisationen ergeben, eindeutig die Gefahren. Sei es, neue und inklusivere Möglichkeiten der Vernetzung oder die Einbindung bisher marginalisierter Gruppen und Menschen. Die Möglichkeiten zur Transparenz und zur Zusammenarbeit, die in der Digitalisierung stecken, sind enorm. Das heißt nicht, die Augen zu verschließen vor negativen Folgen, wie etwa Datenmißbrauch etc.. Aber wer, wenn nicht wir als gemeinnützige Organisationen, sollte denn seine Stimme erheben, um die Chancen zur Teilhabe zu betonen und die Risiken zu adressieren?“

Pavel Richter

Leiter Digitalstrategie und Verwaltung
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Geschichten erzählen: Freude am Ehrenamt online teilen



„Wir müssen den Menschen begegnen, wo wir sie antreffen. Diese Begegnungen finden heute oft online statt. Die sozialen Medien, aber auch der eigene Webauftritt, bieten vielfältige Möglichkeiten, Geschichten zu erzählen, die die Freude am und die Leidenschaft für unser Ehrenamt in der DLRG vermitteln und andere „anstecken“ können. Sie haben zudem auch ganz neue Möglichkeiten der für uns sehr wichtigen Aufklärungsarbeit geschaffen und bieten einen schnellen und einfachen Zugang zu unseren wichtigen Informationen. Unsere Mitglieder ermutigen wir, ihre Leidenschaft mit ihren Mitmenschen online zu teilen. Wir lassen ihnen dazu Freiraum, geben Anregungen und stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite.“

Ludger Schulte-Hülsmann

Generalsekretär DLRG – Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.

Rückblick: Tagung gegen Einsamkeit und Isolation im Alter



Immer mehr Menschen leiden unter Einsamkeit. Die veränderte Arbeitswelt, wachsende Armut und eingeschränkte Mobilität im Alter, bei Krankheit und Behinderung zählen zu den Gründen für soziale Isolation. Welche Strategien und Praxisprojekte es im Kampf gegen die verborgene Epidemie der Einsamkeit gibt, war Thema einer Tagung des Paritätischen Gesamtverbands am 13. und 14. Dezember in Kassel.

Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock betonte in seiner Eröffnungsrede, der Mensch als „geselliges Lebewesen“ habe ohne tragfähige soziale Kontakte ein deutlich erhöhtes Sterberisiko. Vor allem alten Menschen fehle zunehmend soziale und emotionale Unterstützung. Die Tagung soll auch die Vernetzung von Akteuren verschiedener Handlungsfelder aus freier Wohlfahrtspflege, Kommunen und Politik voranbringen. (Ulrike Bauer)

„Ich will eine gute Pflege und dafür braucht es Zeit“

Rückblick auf den Paritätischen Pflegekongress 2018

Mit dem Motto: „Recht auf gute Pflege! Wege aus der Dauerkrise.“ hat der Paritätische Gesamtverband im November 2018 zu einem Pflegekongress geladen. An beiden Kongresstagen wurden anhand von Fachvorträgen und Workshops aus Praxis, Wissenschaft und Politik der Stand der Umsetzung der jüngsten Gesetzgebungen und Reformen sowie der weitere Handlungsbedarf in der Altenhilfe und Pflege thematisiert.



Bereits im Rahmen des kürzlich verabschiedeten Pflegepersonals-Stärkungsgesetzes hat der Paritätische verdeutlicht, dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Altenpflege zu kurz greifen und ein Konzept zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen in der Altenpflege, allen voran einen Gesamtplan zur Finanzierung der Pflege, vermissen lassen. Der Pflegenotstand ist zur Dauerkrise geworden unter dem alle Beteiligten leiden, die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen sowie die Pflegekräfte, betonte Prof. Dr. Rosenbrock in seiner Eröffnungsrede und verwies auf den dringenden Handlungsbedarf: „Im Zentrum all unserer Kritik steht die Tatsache, dass sich durch alle Pflege-stärkungsgesetze die finanzielle Situation der Pflegenden, der pflegenden Einrichtungen und der Pflegebedürftigen kaum verbessert hat; dass es also wesentlich mehr Geld braucht, um das menschenrechtlich begründete und gesellschaftspolitisch hohe Versprechen einzulösen, dass würdige Pflege für alle Menschen bis zum Tod eine öffentliche Aufgabe ist.“ Die Veranstaltung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, machbare Alternativen aufzuzeigen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass sich die Kluft zwischen diesem Anspruch und der Wirklichkeit verringert. Für das BMG skizzierte Dr. Martin Schölkopf die Zielsetzung und Wir-

kung der vergangenen und anstehenden Pflegereformen. Eine machbare Alternative zur Finanzierung der Pflege stellte Thomas Kalwitzki (Universität Bremen) aus der Studie „Alternative Ausgestaltung der Pflegeversicherung“ vor. Nadine-Michèle Szepan (AOK-Bundesverband) legte den Fokus in ihrem Vortrag auf die Finanzierungszuständigkeit der medizinischen Behandlungspflege.

Mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz wurde die Rolle der Kommunen im Bereich der Pflege gestärkt. Dies erfolgte vor allem im Bereich der Beratung und ist damit hinter den Forderungen der Wohlfahrt nach einer aufeinander abgestimmten, miteinander verzahnten Beratungs-, Versorgungs- und Unterstützungslandschaft in der Verantwortung der Kommunen zurück geblieben. Achim Uhl (Der Paritätische Baden-Württemberg) stellte in seinem Vortrag das Konzept der integrativen kooperativen Sozialplanung vor, das eine ressortübergreifende Vernetzung unterschiedlicher Fachbereiche und den Einbezug von Interessen- und Anspruchsgruppen am Planungsprozess vorsieht. Dass eine integrierte Sozialplanung, die sich an den Lebenswelten älterer Menschen orientiert, funktionieren kann, berichtete Birgit Schaer, Sachgebietsleitung Altenhilfeplanung und -fachberatung des Landkreises Esslingen.

Gelegenheit für Diskussionen und einen intensiven Austausch zu den Schwerpunkten des Kongresses gaben die vertiefenden Workshops und Fachforen im Anschluss an die Fachvorträge im Plenum.

Die Beiträge und Diskussionen auf dem Kongress zeigten unverkennbar, dass die angeschobenen Verbesserungen noch längst nicht durchgängig den Weg in die Praxis gefunden haben und deren Umsetzung teilweise durch strukturelle, finanzielle oder personelle Engpässe erschwert werden. Die Rahmenbedingungen für die Altenpflege nachhaltig weiterzuentwickeln, wird die Hauptaufgabe der kommenden Jahre bleiben. Dabei spielt die Neuordnung der Finanzierung der Pflege eine grundlegende Rolle. Davon wird es auch abhängen, ob die Arbeitsbedingungen im geeigneten Umfang verbessert werden können. Die auf dem Kongress präsentierten Überlegungen zur Neustrukturierung der Pflegeversicherung bildeten damit den Anstoß zu einer breiten Diskussion und weiteren Vertiefung der Thematik.

Lisa Schmidt
ist Referentin für Altenhilfe und Pflege
beim Paritätischen Gesamtverband

Die ausführliche Fassung des Textes
kann auf www.paritaet.org
nachgelesen werden

Paritätische Positionierungen: Neue Beschlüsse des Verbandsrats

Bei seiner Sitzung im Dezember hat der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbands eine Reihe neuer Diskussions- und Positionspapiere verabschiedet.

++ Einbürgerung erleichtern ++

In dem Positionspapier „Einbürgerung erleichtern: Paritätische Positionierung zur Weiterentwicklung von Einbürgerungsrecht und -praxis“ spricht sich der Verband für verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen der Einbürgerung aus und mahnt auch Verbesserungen im Verwaltungshandeln an. Der Verband setzt sich u. a. für die generelle Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit, aber auch für den Abbau weiterer Hürden ein, die einer verstärkten Einbürgerung entgegenstehen. Nach wie vor ist die Zahl der Einbürgerungen in Deutschland im internationalen Vergleich gering. Gemeinsam mit dem Forum der Migrantinnen und Migranten wird sich der Paritätische im kommenden Jahr verstärkt in diesem Bereich engagieren.

+ Aktuelle Debatte zu Organspenden +

In den zurückliegenden Jahren ist in Deutschland die Spenderzahl besorgniserregend zurückgegangen und liegt aktuell (2017) bei etwa 9,7 Spender*innen pro 1 Million Einwohner. Zugleich warten über 10.000 Menschen in Deutschland auf ein Spenderorgan. Die Spende und Vermittlung von Organen berühren zentrale moralische, ethische, rechtliche und medizinische Aspekte. Der Gesetzgeber hat ein Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen der Organspende auf den Weg gebracht. Dieses sieht bessere Rahmenbedingungen für Entnahmekrankenhäuser vor, schafft eine verbindliche, bundesweite Regelung zur Freistellung von Transplantationsbeauftragten und stärkt die Angehörigenbetreuung. Diese Vorhaben werden von den im Paritätischen Wohlfahrtsverband zusammengeschlossenen Organisationen ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Einige von ihnen sind am „Gemein-

schaftlichen Initiativplan Organspende“ des Bundesministeriums für Gesundheit beteiligt, um aktiv an der Erarbeitung weiterer flankierender Maßnahmen zur Stärkung der Organspende mitzuwirken. Viele europäische Länder haben sich für eine Widerspruchslösung im Bereich der Organspende entschieden, um die Organspende zu stärken. In der Bundesrepublik wird ebenfalls über die Einführung einer veränderten Zustimmungsregelung diskutiert. Mit einem aktuellen Diskussionspapier möchte der Paritätische einen Beitrag zu der aktuellen Debatte leisten und aufzeigen, wie eine Kultur der Organspende in Deutschland geschaffen werden kann.

++ Elternhaft bestraft die Kinder: Alternativen, Maßnahmen, Hilfen ++

Jährlich sind in Deutschland mehr als 125.000 Kinder von der Inhaftierung eines Elternteils durch die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder Ersatzfreiheitsstrafe betroffen. Die Inhaftierung eines Elternteils hat Auswirkungen auf die gesamte Familie und die innerfamiliären Beziehungen. Die haftbedingte Trennung führt zu emotionalen und sozialen Belastungen, unter denen besonders die betroffenen Kinder leiden. Aus Scham- und Schuldgefühlen verschweigen sie die elterliche Inhaftierung häufig oder fühlen sich mitbestraft. Ihre psychosoziale kindliche Entwicklung kann durch diese Belastungssituation erheblich gefährdet werden. Der Europarat hat die Rechte der betroffenen Kinder erst jüngst gestärkt. Er verabschiedete im April 2018 eine Empfehlung zu Kindern inhaftierter Eltern. Danach sollen die Mitgliedsstaaten und damit auch Deutschland in Fällen, in denen eine Haftstrafe in Betracht gezogen wird, die Rechte und das Wohl der betroffenen Kinder berücksichtigen und so weit wie möglich angemessene Alternativen zur Haft anwenden, insbesondere wenn es sich bei dem betreffenden Elternteil um die Hauptbetreuungsperson handelt.

In einem aktuellen Positionspapier fordert der Paritätische die Bundesregie-

rung und die Bundesländer auf, die Europaratsempfehlung auf allen Ebenen der Justiz umzusetzen und zeigt verschiedene Möglichkeiten auf, die Rechte und das Wohl von Kindern strafällig gewordener und verurteilter Eltern zu stärken.

++ Entwicklungszusammenarbeit ++

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben sich die UN-Mitgliedstaaten einem Paradigmenwechsel verschrieben. Die Agenda denkt die Ziele für soziale und ökologische Nachhaltigkeit zusammen und erkennt die über den gesamten Globus entstandenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interdependenzen an. Damit rückt verstärkt auch die Politik im globalen Norden in den Blickpunkt. Dies ist vor allem für jene Paritätische Mitgliedsorganisationen relevant, die in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe aktiv sind. Mit ihrer Arbeit tragen sie dazu bei, dass Menschen in Krisen und Katastrophen mit dem Elementarsten versorgt werden können, dass Wiederaufbau und Befriedung von Konflikten möglich sind und dass es eine nachhaltige Zusammenarbeit zur Entwicklung gibt. Darüber hinaus bringen sie sich mit Positionierungen und Stellungnahmen in entwicklungspolitische Debatten ein: Sie streiten für ein Handelssystem, das die klein-bäuerliche Versorgung im globalen Süden nicht untergräbt, sie erinnern die Bundesregierung und die Europäische Union an ihre Verantwortung für den weltweiten Klimaschutz oder sie beeinflussen entwicklungspolitische Vorhaben dahingehend, dass die Zivilgesellschaft im globalen Süden gestärkt wird. Erstmals hat der Paritätische nun auch in diesem Bereich eine verbandliche Positionierung vorgenommen und Grundsätze für eine umfassende Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet.

Alle hier genannten Positionierungen finden Sie im Internet unter: www.der-paritaetische.de/stellungnahmen/

Unsere Jahreskampagne geht zu Ende



Ein Jahr lang begleitete den Paritätischen Gesamtverband, seine Landesverbände und Mitgliedsorganisationen die Kampagne anlässlich des 70. Jahrestages zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Das bedeutete auch: Ein Jahr lang tolle, inspirierende und kreative Aktionen, über die wir hier im Verbandsmagazin sowie auf unserer Webseite und unseren Social Media-Kanälen immer gern berichtet haben.

Am 10. Dezember 2018 fand der große Kampagnenabschluss statt. Auch das war für Paritätler*innen ein Anlass, noch einmal mit tollen, dezentralen Aktionen auf Menschenrechte aufmerksam zu machen oder diesen Tag einfach zu feiern.



Feierlich und passend zur vorweihnachtlichen Zeit beging der Paritätische Gesamtverband mit Gebäck und eigenen Plätzchen den 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Unser Referent Andreas Aust trank seinen Kaffee stillet aus einer Tasse mit Kampagnenlogo.



Links: Der Landesverband Hessen ließ unsere Kampagnenluftballons steigen, praktischerweise waren diese dann von innen beleuchtet.

Rechts: Die vom Gesamtverband initiierte Hashtag-Kampagne fand in den Sozialen Medien viele Nachahmer.





Über das ganze Jahr begleitet der Paritätische Sachsen-Anhalt die Aktion mit seinem Online-Angebot „Ort für Menschenrechte.“ Dabei konnte man über eine Karte zahlreiche Orte, Gebäude und Institutionen erkunden, die sich stark machen für die Menschenrechte. Auch zum Abschluss lieben die Kolleg*innen aus Sachsen-Anhalt es natürlich noch einmal richtig krachen.



Die Berliner*innen druckten zum Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eine Spezialausgabe ihres Magazins.



In Brandenburg wurde mit unserem beliebten „Mensch, Du hast Recht!“-Stempel gebacken.



WIR GLÜHEN FÜR MENSCHENRECHTE!
Der Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland zeigte mit unseren Teelichtern, wie sehr er für die Menschenrechte glüht.



Besonders farbenfroh und vielfältig gab sich der Landesverband Sachsen-Anhalt beim Backen mit den Stempeln und Lebensmittelfarbe! Guten Appetit.





Termine, Termine, Termine...

Paritätische Veranstaltungen



21. März in Frankfurt

Paritätisches Forum
Schuldnerberatung 2019

Der Paritätische Gesamtverband richtet regelmäßig alle zwei Jahre das Paritätische Forum Schuldnerberatung aus. Schwerpunkte 2019 sind:

- Kooperation und Vernetzung in und mit der Schuldnerberatung
- Aus der Praxis für die Praxis: Öffentlichkeitsarbeit
- Sachstand und Aktuelle Entwicklung zu Girokonten (P-Konto)
- 20 Jahre Insolvenzordnung
- Zukunftstrends

Das Forum bietet Gelegenheit zur Vernetzung und zum fachlichen Erfahrungsaustausch.

Wo?
Hoffmanns Höfe
Heinrich-Hoffmann-Straße 3
60528 Frankfurt am Main

26. März in Nürnberg

Kinder von Inhaftierten zwischen
Jugendhilfe und Justiz

Der Paritätische Gesamtverband führt in Kooperation mit Treffpunkt e.V. im Rahmen des Projekts „Netzwerk Kinder von Inhaftierten (KvI)“ einen Fachtag durch. Die Veranstaltung richtet sich an Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Mitarbeiter*innen der Justiz, Jugendhilfe und freie Träger, Engagierte und Fachkräfte aus Verbänden und Institutionen.

Wo?
Kulturwerkstatt Auf AEG
Fürther Straße 244 d
90429 Nürnberg

3. April in Gelsenkirchen

Auftaktveranstaltung: „Soziale Organisationen als Partner der Wohnungswirtschaft“

An bezahlbarem und würdigem Wohnraum mangelt es in städtischen wie ländlichen Gebieten. Längst betrifft der Wohnungsmangel breite Schichten der Gesellschaft, besonders schwer haben es Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen Lebenslagen. Gleiches gilt für soziale Organisationen: Auch sie finden keinen geeigneten Wohnraum für die von ihnen betreuten Menschen. Wie können wir das ändern, was können soziale Organisationen tun? Ein erfolgsversprechender Ansatz sind örtliche Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft.

Der Paritätische Gesamtverband lädt gemeinsam mit dem Paritätischen NRW für den 3. April 2019 zur Fachveranstaltung „Soziale Organisationen als Partner der Wohnungswirtschaft“ ein, die zugleich den Auftakt einer Veranstaltungsreihe bildet.

Wo?
Wissenschaftspark Gelsenkirchen
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen



ARMUTS
KONGRESS

10.+11.4.
2019
BERLIN

Informationen und Anmeldungen zu diesen und weiteren Veranstaltungen finden Sie unter www.paritaet.org

ARMUT UND GESUNDHEIT 2019

Der Public Health-Kongress in Deutschland
14. und 15. März 2019, Technische Universität Berlin

POLITIK
MACHT
GESUNDHEIT

Kontakt
Kongress Armut und Gesundheit
Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.
Friedrichstraße 231 · 10969 Berlin
Tel.: (030) 44 31 90 73
kongress@gesundheitbb.de

www.armut-und-gesundheit.de

Wir verbindet,
Wir stärkt,
Wir hilft.



SAVE THE DATE

Aktionswoche Selbsthilfe vom 18. – 26. Mai 2019

Unter dem Motto "Wir hilft" findet im kommenden Jahr erstmalig eine bundesweite Aktionswoche Selbsthilfe statt. Wir laden alle Organisationen, Selbsthilfegruppen und Selbsthilfe-Kontaktstellen ein, sich mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen zu beteiligen!

Mehr Informationen auf:

www.wir-hilft.de

Gefördert durch



Eine Initiative von



Einkaufsvorteile nutzen



Über 160 Rahmenvertragspartner bieten den Mitgliedern des Paritätischen günstige Konditionen und eine einfache Abwicklung beim Einkauf.

Weitere Informationen finden Sie im Bereich „Service“ auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbandes: www.der-paritaetische.de/service/einkaufsvorteile-rahmenvertraege/

Die Zugangsdaten erhalten Mitglieder von ihrem Paritätischen Landesverband, überregionale Mitgliedsorganisationen vom Gesamtverband. Für Rückfragen stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth unter einkauf@paritaet.org gerne zur Verfügung.

Um monatlich per Newsletter über Sonderaktionen informiert zu werden, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an einkauf@paritaet.org

Bildnachweise

Seiten 6 bis 7: Annabell Fugmann
Seite 10: Thomas Pläßmann
Seite 11: 1820796/pixabay/CC0 Creative Commons
Seite 13: VAMV
Seite 16: itim2101/Pixel perfect/free-pik.com
Seiten 18-19: Wolfgang Borrs, (Tafel Deutschland e.V.), VAMV, Gert Fleischer, Thomas Rafalzyk, Heidi Scherm, Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V., Henning Lüders,

Kay Herschelmann, Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Christoph Boeckheler, Bernd Lammel,
Seite 35: tunedin - Fotolia.com/Icon made by OCHA from www.flaticon.com

Alle hier nicht aufgeführten Bilder sind entweder privat zur Verfügung gestellt oder die Bildrechte liegen beim Paritätischen Gesamtverband.

Impressum



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

Facebook: www.facebook.com/paritaet/

Twitter: @Paritaet

Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)

E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung),

Tel.: 030/24636-305

Philipp Meinert,

Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski,

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,

Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Sie geben nicht unbedingt die Meinung des Paritätischen Gesamtverbandes wieder. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:

MD Medien Dienste GmbH

Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,

Schwanheimer Straße 110,

60528 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr





ARMUTS KONGRESS

10.+11.4.
2019
BERLIN



**BAUSTELLE DEUTSCHLAND.
SOLIDARISCH ANPACKEN!**

WO? Langenbeck-Virchow-Haus
Luisenstr. 58/59 | 10117 Berlin

WANN? Mittwoch | 10. April 2019
Donnerstag | 11. April 2019

Info und Anmeldung: www.armutskongress.de
